

POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

XII. Band

1. August 1918

Nummer 101

INHALT: Wincenty Rzymowski: Befreite und Befreier II. — Kazimierz Olszowski: Ueber die beabsichtigte Belastung des Königreichs Polen mit einem Teil der Kriegsschuld Oesterreich-Ungarns. — Jan Tarczewski: Der poln'sche „Staatsstreich“ im Lichte der Wahrheit. — Jan Pietrzycki: Heimkehr. — Alexander Brückner: Weissrussen. — Dokumente der Polenpolitik: I Im Deutschen Reiche. II Im österreichischen Reichsrate. III. Parteikundgebungen. — Besprechungen. — Notizen. —

Befreite und Befreier

Beichte eines polnischen Aktivisten.

Von Wincenty Rzymowski.

II.

Daß die Zentralmächte in Polen einen erstklassigen sowohl militärischen wie politischen Faktor hätten finden können, das bezeugen die polnischen Legionen und die Ideologie, aus der sie entstanden waren. Der Ort ihres Entstehens und ihrer Mobilisation war Galizien, aber ihre Seele entstand aus der Ideologie des Kongreßkönigreichs, aus der geschichtlichen Auflehnung gegen Rußland. Auf das erste Echo des Krieges sammelten sich die Schützenverbände und Organisationen in Galizien um die gleiche Standarte, die schon ihre Väter und Ahnen in den Kampf geführt hatte. Durch ihr Auftreten antworteten sie im voraus auf jenen Versuch des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, die revolutionäre polnische Tradition zu verleumden und sie für die Zwecke des russischen Imperialismus, der sich in der Losung der Vereinigung aller polnischer Länder unter dem Zepter des Zarentums versteckte, zu mißbrauchen. Als nach Wien und Berlin, eine nach der anderen, wie ein blutiger Regen, die Nachrichten von den Kriegserklärungen kamen, als jede Nachricht die Ankündigung eines erbarmungslosen Kampfes brachte und „Zertrümmerung“ und „Teilung“ ankündigte, als die Feinde den Tod und die Verbündeten den Verrat im Gewande trugen: damals brachte aus dem Vorraum des Krieges der Draht die Nachricht, daß das polnische Volk an Rußland den Krieg erklärt und sich zu diesem Kampf in enger Verbindung mit der bewaffneten Macht der Zentralmächte stellt.

Am 6. August 1914 hat Polen in Gestalt einer bewaffneten Schützenschar, die unter Führung Josef Pilsudskis die Grenzen des russischen Anteils überschritten, nicht nur Rußland den Fehdehandschuh hingeworfen, sondern auch diesem ganzen vereinigten Haß, der wie ein eiserner Ring Mitteleuropa umspannen sollte.

In Petersburg hat man den Fehdehandschuh sofort aufgenommen. Dort begriff man seine internationale politische Bedeutung und — erteilte gleich von zwei Positionen aus die Antwort. Die russische Diplomatie antwortete mit dem Aufruf des Großfürsten Nikolaus, der die Vereinigung aller drei Teilungsanteile in . . . einen ankündigte. Der russische Generalstab antwortete mit dem Befehl, alle in Gefangenschaft geratenen polnischen Schützen, als Staatsverbrecher, mit dem Henkertod zu bestrafen. Damals konnte Petersburg den Polen weiter nichts mehr anbieten. Ein gemeinsames Teilungsgebiet für die Gehorsamen, die Todesstrafe für die Aufrührerischen. Das war das damalige polnische Programm Petersburgs, gegengezeichnet durch England und Frankreich, die im Zarentum den ersten Kampfgenossen der Entente ehren mußten. Die russische Antwort war zugleich sehr geizig und sehr freigebig. Geizig, soweit es sich um die „Wohltaten“ für Polen handelte, aber sehr freigebig, sofern es sich um die Horoskope handelte, die Rußland aus der Tat der polnischen Legionen für die Zukunft ableitete. Aus dieser Tat entnahm die zarische Regierung

und las heraus, was wirklich darin enthalten war: den Aufruf zum Kampf für einen unabhängigen polnischen Staat, der auf den Trümmern des russischen Anteils entstehen sollte. Auf den Akt, der sich aus der geschichtlichen polnischen Tradition ergab, erteilte Rußland eine Antwort, die seiner traditionellen Politik: „Point de réverie“ auswich.

Welche Antwort sollte Berlin erteilen?

Die polnischen Legionen standen vor ihm als ein lebendiges mit der Möglichkeit großer Wirkungen geschwängertes Problem, das — wer weiß? — in sich vielleicht potentieell die Schlüssel zu der Situation auf dem östlichen Kriegsgebiet barg. Die Legionen, als der kriegserische Exponent des polnischen Problems, waren die erste schüchterne Frage, die an der Schwelle Osteuropas auftauchte und von der Politik der Zentralmächte, besonders von der inneren und äußeren Politik Deutschlands, das im Namen Mitteleuropas die Partie entscheiden sollte, Lösung erheischte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Aufgabe sehr schwierig war. Während Petersburg seiner Staatsraison treu bleiben und angesichts der Legionen sich auf Beibehaltung der bisherigen politischen Richtung beschränken konnte, hätte Berlin von seiner Seite, um der Situation gerecht zu werden, sich zu einem schöpferischen politischen Gedanken aufrufen müssen, zu einem schöpferischen und — im Verhältnis zu seinen bisherigen Gewohnheiten — fast revolutionären Gedanken. In Petersburg rollten die Legionen die polnische Frage so auf, wie sie dort seit jeher gut bekannt war: in Gestalt einer Pulvermine, die den ganzen Westteil des Zarentums unterminierte. In Berlin jedoch stellten sie diese Frage in einer ganz neuen und unbekannten Gestalt. Berlin kannte nur und sah die polnische „Gefahr“. Den Gesamtkomplex der polnischen Frage betrachtete Berlin durch die Brille der lokalen Sorgen der preußischen Verwaltung in den östlichen Provinzen des Reiches. Berlin wägte und schätzte die polnische Frage ein mit den Augen des Kreis-Landrats, dem die Schwächung des polnischen Elementes gleichbedeutend war mit der Stärkung der Machtfülle Deutschlands.

Und jetzt streckte sich die polnische Hand, die gleiche Hand, die man ohnmächtig machen wollte, den Deutschen entgegen mit dem Anerbieten eines Bündnisses und Waffenbrüderschaft im Augen-

blick, als sämtliche diplomatischen Berechnungen Deutschlands fehlschlügen und fast sämtliche Bündnisse enttäuschten. Schon am 6. Tage des Krieges hatten die Deutschen gegen sich 34 Milliarden Menschen im feindlichen Lager, an ihrer Seite hatten sie nur Oesterreich-Ungarn. Die polnischen Legionen, die im Namen ihrer Nation sich in eine Reihe mit den Soldaten der Zentralmächte stellten, die im Namen der unverjährten Forderungen ihrer Nation auf der Wahlstatt des gemeinsamen Kampfes gegen Rußland ihre Blutopfer brachten, legten damit einen Hebel unter jenes Dogma, auf das sich die deutsche Politik, und besonders die preußische, in ihrem Verhältnis zu den Polen stützte. Während im Sinne dieses Dogmas jede Verkleinerung der nationalen und politischen Kraft Polens als innerer und äußerer Machtzuwachs Deutschlands galt, kam jetzt in Gestalt der Legionen die organisierte Hilfe für Deutschland nicht von dort, wo das Polentum am stärksten unterdrückt wurde, nicht von seiten der Produkte der Unterdrückung und Entnationalisierung, sondern von da, wo das Polentum sich der verhältnismäßig größten Freiheit erfreute. Hundert Jahre arbeitete man daran, den polnischen Nacken zu beugen und zu brechen. Und nun, in der großen Schicksalsstunde, die mit dem Ausbruch des Krieges für Deutschland geschlagen hatte, sollte es sich herausstellen, daß nicht der gebrochene und gedemütigte Pole, sondern der ungebeugte und im Innern unabhängige Pole zum wertvollsten Verbündeten der Zentralmächte im Kampf mit ihrem habgierigsten Feinde wird. Nur derjenige, der die russischen Gefängnisse füllte, der sich gegen alle Angriffe auf seine Würde und Nationalehre als widerstandsfähig erwies, hat in sich zugleich auch jene große Vaterlandsliebe entwickelt, die ihn zu einem Bündnis mit den Deutschen im Namen des Kampfes auf Tod und Leben mit Rußland fähig machte.

Eine schwierige Aufgabe — wir sagten es schon — stellte sich vor Deutschland in Gestalt der Legionen, vielleicht eine der schwierigsten in der ganzen Reihe der politischen Probleme, die der Krieg aufgerollt hatte, denn sie reichte bis zum Kern des inneren und äußeren preußisch-deutschen Lebens. Die Legionen standen vor Deutschland, als eine Aufforderung zur Liquidie-

rung sämtlicher Ausnahme Gesetze und Ausnahmehethoden, die seit einem halben Jahrhundert in den preußischen Ostmarken geübt wurden, Methoden, die sich so innig mit den Regierungsmaximen verbunden hatten, daß sie Staatsnotwendigkeiten zu sein schienen. Die Legionen sagten Deutschland, vom ersten Tage ihrer Geburt an, das, was ihm später vier Jahre des Krieges sagen sollten: ohne Aenderung der politischen Verhältnisse im Innern des Reiches kann von einer starken auswärtigen Politik keine Rede sein, ohne Demokratisierung der Staatsverfassung, ohne Stützung des Reiches auf die breite Volksgrundlage wird die größte Entfaltung militärischer Kraft keine entsprechenden Ergebnisse davontragen. Die Reformen in Sachen Abtragung der antipolnischen Gesetze sollten in Deutschland erst nach drei Kriegsjahren auf die Tagesordnung kommen, und mit welch verkleinertem Aktionsradius! Damals, zu Beginn des Krieges, wären sie ein Zeichen von Kraft gewesen und hätten von unumschränktem Selbstvertrauen gezeugt. Nach mehreren Kriegsjahren machten sie nur den Eindruck einer durch die Verhältnisse erzwungenen Konzession.

Als die Deutschen ihre unermesslichen Kräfte zum Kampf mit dem Feinde sammelten, forderten die polnischen Legionen, durch das Angebot ihres Blutes für den Kampf mit Rußland, sie auf, gleichzeitig auch der deutschen Schwäche den Krieg zu erklären. Denn nur unter der Losung der Ueberwindung dieser inneren Schwäche, die die Schmälerei einer fremden Nation als eigenen Machtzuwachs vortäuschte, konnten die Legionen zu dem werden, was sie hätten sein können: der Ausgangspunkt für die Entwicklung einer selbständigen polnischen Kraft. Nur unter der Losung einer neuen und im Verhältnis zu den Polen freiheitlichen Orientierung konnte jene unerträgliche Frage zum Schweigen gebracht werden, in die sich während des ganzen ersten Kriegsjahres, wie in einen vergifteten Zaum, die polnische Passivität hineingebissen hatte: wessen Hand hat rücksichtsloser auf dem polnischen Nacken gelastet? Die Deutschen haben — in dieser Hinsicht ehrlicher wie die Russen — die Schwere ihrer Hand durchaus nicht geleugnet; sie wiesen nur auf ihre Ergebnislosigkeit hin. Sie haben alle antipolnischen Gesetze aufrechterhalten, und dieses war

ihre ganze Antwort an die Legionen, die Antwort der ersten Tage des Krieges. Indem sie das angebotene Bündnis des Blutes annahmen, haben sie das Bündnis der politischen Ideen abgelehnt. Sie zählten die Bajonette der Legionäre, aber sie blickten nicht in ihr Herz. Und hundertmal wertvoller wie das Blut, das die Legionäre zum Opfer brachten, war doch die Idee, die sie in sich trugen. Die politische Idee war tatsächlich ein Kapital, das Polen den Zentralmächten in ihrem Kampf mit Rußland als Mitgift einbringen konnte, und also auch in den Kampf mit der Entente. Die politische Idee der Legionen, sofort durch Oesterreich-Ungarn und Deutschland auf das entsprechende Niveau gehoben, entzog automatisch aus den russischen Reihen eine halbe Million der besten Soldaten und stellte sie zur Verfügung der Feinde Rußlands! Die russische Verteidigung auf dem polnischen Terrain würde dadurch unmöglich und der sofortige Rückzug hinter den Bug und Njemen erforderlich geworden sein, der Krieg würde um ein Jahr, das Zarentum um die ganze Zeit jener anfänglichen Erfolge in Galizien und Ostpreußen verkürzt worden sein, dieser Erfolge, die ihm die Möglichkeit gaben, den späteren Schlägen Widerstand zu leisten und gleichzeitig der Entente die anziehende Möglichkeit verschafften, am Siegesbecher zu nippen. Das erste Jahr des russischen Uebergewichts im Königreich Polen, die anfängliche Eroberung Galiziens und gleichzeitige Verwüstung Ostpreußens, alles das — sind Reflexe mangelnder Voraussicht und Vorsicht Berlins im Verhältnis zu dem polnischen Problem in jener grundsätzlichen und internationalen Auffassung, wie es an der Schwelle des Krieges durch die Legionen aufgerollt wurde.

Am 6. Tage des Krieges zählten — wie bereits erwähnt — die Feinde der Zentralmächte schon nach hunderten Millionen. Deutschland hat leider, angesichts dieser Sintflut, jene kleine Nebenrechnung nicht erledigt, die es an die 5% polnischer „Gefahr“ innerhalb seiner Grenzen erinnerte. Als die Geschichte Deutschland im großen ein Riesenmaß aufdrängte, beschäftigte es sich noch einige Zeit hindurch mit dem Detailhandel lokaler Kreisangelegenheiten.

Welche Energiereserven für moralische Einwirkungsmöglichkeiten brachte denn der Legions-

soldat in die Heimat, welche Schlagfähigkeit konnte er denn den russischen Schützengräben gegenüber entwickeln, wenn er gar nicht einmal wußte, was sein Tornister birgt: ob die Krone seiner zukünftigen Könige oder Annexionen mit neuen Enteignungsprojekten auf polnischer Erde?

Alles schien dafür zu sprechen, daß die Deutschen, im gemeinsamen deutschen und polnischen Interesse, die Tat der Legionen zu der Würde und der Macht der Nation, die sie hervorgebracht hatte, erheben werden, daß sie in ihnen das zum Ausdruck bringen werden, was ihr politisches Samenkorn war: die selbständige Opferinitiative. Indessen tat Deutschland etwas direkt Entgegengesetztes: das angebotene polnische Blut drückte es auf das Niveau einer gemieteten Phalanx herab. Statt es auf das Niveau eines um seine selbst-

ständige Existenz kämpfenden Volkes zu erheben, begann Deutschland damit, dieses Volk zum Objekt der ungewissen Experimente der weiteren Kriegsschicksale zu degradieren.

Im ersten Jahre der Kämpfe duldeten die Zentralmächte das Blut der Legionen, aber sie erlaubten der Idee der Legionen nicht, die Flügel zu entfalten: der Idee des polnischen Krieges mit Rußland um die territoriale Unterlage für den polnischen Staat. Sie nahmen den täglichen Gewinn, aber sie erstickten den Keim der Zukunft.

Dem polnischen Soldaten, der in den Schützengräben gegen Rußland kämpfte und fiel, war schon die Rache und der Haß des Feindes für sein Volk sicher; aber weder mit seinem Blut noch mit seinem Tode konnte er für sein Volk die Achtung des Bundesgenossen erkaufen.

Ueber die beabsichtigte Belastung des Königreichs Polen mit einem Teil der Kriegsschuld Oesterreichs-Ungarns.

Von Kazimierz Olszowski.

Die „Neue Freie Presse“ hat in der Nummer vom 4. Mai d. J. einen Artikel veröffentlicht unter dem Titel „Die Kriegsschulden Oesterreich-Ungarns und Polen“, in dem ein ungenannter Verfasser die Idee anregt, im Falle einer Angliederung des Königreichs Polen an die österreichische Monarchie dieses erstere Land mit einem Teil der während des Krieges aufgenommenen österreichischen Kriegsschuld zu belasten.

Wir lassen hier zunächst den Hauptinhalt des betreffenden Artikels folgen.

Auf Grund des § 3 des Friedensvertrages vom 3. März d. J., der zwischen Deutschland und Rußland geschlossen wurde, wurden die von Rußland abgetrennten Länder von allen Verpflichtungen aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland und daher auch von der Teilnahme an den russischen Staatsschulden, sowohl Vor-Kriegsschulden wie Kriegsschulden, befreit. Wahrscheinlich werden diese Länder, darunter auch das Königreich Polen, in irgendein wirtschaftliches Verbandsverhältnis zum Deutschen Reiche oder zur Monarchie treten. Es empfiehlt sich daher, rechtzeitig die Produktionsbedingungen im Königreich Polen mit den Produktionsbedingungen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn auszugleichen oder mit anderen Worten, einen Teil der Kriegsschuld auf das Königreich Polen zu übertragen. Im ent-

gegengesetzten Falle würde sich die Produktion in Polen unter bedeutend günstigeren Bedingungen entwickeln wie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, was natürlich ganz unzulässig sein muß, weil dann die Expansion nicht von Westen nach Osten, sondern von Osten nach Westen vor sich gehen würde. Mit Recht hat daher der deutsche Kanzler am 23. März d. J. der litauischen Deputation erklärt, daß das von den Deutschen von der russischen Herrschaft befreite Litauen an der Deckung der Kriegskosten Deutschlands teilnehmen müsse. Der Kanzler fügte dann hinzu, daß die Produktionsbedingungen in beiden Ländern auf das gleiche Niveau gestellt werden müssen.

Am 1. Juli d. J. wird die österreichische Kriegsschuld etwa 62 Milliarden Kronen betragen, während diejenige Ungarns sich zu gleicher Zeit auf etwa 35½ Milliarden Kronen belaufen dürfte. Ohne daher zunächst die Kosten der weiteren Kriegführung und die Kosten der Liquidierung des Krieges zu berücksichtigen, muß heute festgestellt werden, daß die gesamte Kriegsschuld der Monarchie heute schon annähernd etwa 100 Milliarden Kronen beträgt. Würde nun in diesem Augenblicke Polen in ein näheres politisch-wirtschaftliches Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn treten, so ergäbe sich folgende Zusammenstellung der Gesamtkriegsschuld und der auf den einzelnen Staatsbürger entfallenden Beträge:

Gebiet	Bevölkerung (Millionen Einwohner)	Kriegsschulden (Millionen Kronen)	Kopfquote der Kriegsschulden in Kronen	Kopfquote der jährlichen Abgaben in Kronen
Oesterreich .	29 2	62.257	2132	128
Ungarn	21 4	35.631	1665	100
Alte Monarch.	50 6	97.888	1934	116
Polen	12 4	—	—	—

Was nun die Vor-Kriegsschulden anbetrifft, so stellten sich dieselben pro Kopf:

in Oesterreich: Kopfquote 399 Kronen, jährliche Abgaben 24 Kronen,

in Ungarn: Kopfquote 393 Kronen, jährliche Abgaben 23,9 Kronen.

Das Königreich Polen müßte hinsichtlich der Kriegsschuldenbelastung auf das gleiche Niveau mit der Monarchie gestellt werden; die 97,888 Millionen Kronen Kriegsschuld müßten daher nicht auf die 50,6 Millionen Einwohner des gegenwärtigen, sondern zwischen die 63 Millionen Einwohner des zukünftigen österreichisch-ungarischen Staates verteilt werden.

Bei einer solchen Verteilung der Kriegsschulden ergibt sich folgende Zusammenstellung:

Gebiet	Bevölkerung (Millionen Einwohner)	Kriegsschulden (Millionen Kronen)	Kopfquote der Kriegsschulden in Kronen	Kopfquote der jährlichen Abgaben in Kronen
Polen	12 4	19.265	1553	93
Oesterreich ..	29 2	50.004	1712	103
Ungarn	21 4	28.619	1337	80
Neue Monar.	63 0	97.888	1553	93

Auf diese Weise würde der Staatsbürger Polens von den Vor-Kriegsschulden der Monarchie vollständig befreit werden, diese Vor-Kriegsschulden belasten aber die Bürger Oesterreichs und Ungarns mit durchschnittlich 24 Kronen pro Kopf und Jahr. Die Befreiung von dieser letzteren Vorbelastung kann als eine Kompensation für die Kriegsschäden Polens angesehen werden, wobei aber auch nicht zu vergessen ist, daß Oesterreich in Galizien und in der Bukowina und Ungarn in den Karpathen sehr schwere Kriegsschäden erlitten haben.

Wenn Rußland aus diesem Kriege siegreich hervorgegangen wäre, so würde Polen gezwungen sein, weiter im Rahmen des russischen Staates zu verbleiben und einen entsprechenden Teil der während dieses Krieges aufgenommenen russischen Kriegsschuld zu tragen.

Es ist durchaus nicht unsere Aufgabe, den vorstehenden Artikel vom politischen Standpunkt zu beleuchten.

Da der Verfasser des Artikels die Gleichstellung des Königreichs Polen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie bezüglich der Belastung mit

den Kriegsschulden für notwendig erachtet, so werde ich auf Grund mehrerer grundsätzlicher statistischer Zahlenangaben den Nachweis zu führen versuchen, daß hinsichtlich des Niveaus der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, zwischen dem Königreich Polen und der Monarchie gewaltige Unterschiede bestehen und daß deshalb von irgendwelcher gleichmäßiger Belastung keine Rede sein darf.

Es ist vor allem in Erinnerung zu bringen, daß das auf dem Wiener Kongreß ins Leben gerufene Königreich Polen während des vergangenen XIX. Jahrhunderts zweimal zu den Waffen gegriffen hatte, um sich von der russischen Herrschaft zu befreien. Diese Versuche sind beide Male in einem Strom von Blut erstickt worden. Das Land hat dabei sowohl ideelle wie materielle unschätzbare Opfer bringen müssen.

In der Politik der russischen Regierung dominierten durch ganze Jahrzehnte folgende Dogmen:

1. die Bildungslosigkeit des Volkes ist die sicherste Grundlage des Kaiserreiches,
2. der Mangel an Verkehrswegen ist die wirksamste Waffe gegen eine feindliche Invasion.

Hinsichtlich des Königreichs Polen bestand noch ein weiteres Dogma, nämlich die Notwendigkeit, das Land zu russifizieren und ihm alle national-polnischen Merkmale zu nehmen.

Die obigen Dogmata, während ganzer Jahrzehnte in der Praxis angewendet, ergaben Resultate, die am besten durch die nachstehenden Zahlenangaben illustriert werden, die den Bildungsstand, den Stand der Landwirtschaft, der Verkehrswege, der Industrie und des öffentlichen Gesundheitswesens im Königreich Polen betreffen. Die korrespondierenden Zahlen für Oesterreich und Ungarn stellen wir daneben.

Der Stand des Verkehrswesens stellt sich in folgenden Ziffern dar:

Es bestanden Eisenbahnen:

in Oesterreich-Ungarn 47 037 km
im Königreich Polen 3 296 km

Die Eisenbahnbaukosten betrugen:
in Oesterreich-Ungarn 5 Milliarden Rubel
im Königreich Polen 361 Millionen Rubel.

Wenn man berücksichtigt, daß die Oberfläche

Oesterreich-Ungarns 676 249 qkm mit 51 300 000 Bevölkerung beträgt, während das Königreich Polen 126 948 qkm Bodenfläche mit 12 770 000 Bevölkerung aufweist, so zeigt es sich, daß die Ausgaben für Eisenbahnbau sich pro Kopf der Einwohnerschaft stellen:

in Oesterreich-Ungarn auf 100 Rubel
im Königreich Polen auf 27 Rubel.

Auf 100 qkm Fläche entfallen:

in Oesterreich-Ungarn . . 14,92 km Eisenbahnen
im Königreich Polen . . 2,65 km Eisenbahnen.

Auf 1000 Einwohner entfallen Eisenbahnen:

in Oesterreich-Ungarn 1,91 km
im Königreich Polen 0,26 km

Chausseen. Die Länge der Chausseen beträgt:

in Oesterreich-Ungarn 216,433 km
im Königreich Polen 8,721 km

Auf 100 qkm Fläche entfallen an Chausseen:

in Oesterreich-Ungarn 69,64 km
im Königreich Polen 6,87 km

Auf 1000 Einwohner entfallen Chausseen:

in Oesterreich-Ungarn 8,85 km
im Königreich Polen 0,67 km

Die Länge der regulierten und kanalisierten Flüsse und der Kanäle beträgt:

in Oesterreich-Ungarn 5,700 km
im Königreich Polen 212 km

Für die Regulierung der Flüsse und Kanäle wurde verausgabt:

in Oesterreich-Ungarn 440 000 000 Rubel
im Königreich Polen 11 000 000 Rubel.

Es wurde für den Bau von Wasserverkehrswegen verausgabt pro Kopf der Einwohnerschaft:

in Oesterreich-Ungarn 8,50 Rubel
im Königreich Polen 0,90 Rubel.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß das Verkehrswesen in Oesterreich-Ungarn sich zu dem Verkehrswesen im Königreich Polen verhält wie 4:1.

Das Bildungsniveau wird durch folgende Tabelle illustriert:

	Anzahl der		1 Schule	1 Schüler
	Schulen	Schüler	entfällt auf Ein- wohner	entfällt auf Ein- wohner
1912/13			Höhere Schulen	
Königreich Polen	9	6 657	1 450 590	2 308
Oesterreich . .	52	49 666	549 075	575
Ungarn . . .	63	14 602	339 683	1 472
Deutschland .	94	127 351	681 126	510
1914			Mittelschulen	
Königreich Polen	289	67 399	45 176	194
Oesterreich . .	944	199 738	30 266	143
Ungarn . . .	362	90 473	69 398	237
Deutschland . .	2 515	662 105	25 819	98
1914			Elementarschulen	
Königreich Polen	6 789	469 316	1 923	28
Oesterreich . .	29 845	5 067 697	957	6
Ungarn . . .	22 487	3 197 820	955	6
Deutschland . .	63 364	10 466 450	1 024	6

Nach der Statistik Polens von A. Krzyżanowski und K. Kumaniecki (Krakau 1915) betrug das Alphabetentum:

im Königreich Polen 69,5% (1897)
in Oesterreich 16,5% (1910)

Der Stand der Landwirtschaft. Die russische Statistik bringt keine Angaben über die Brachen im Königreich Polen, d. h. über diejenige Bodenfläche, die weder Acker-, Wiesen-, Wald- noch Weideboden ist.

Es muß hier jedoch erwähnt werden, daß die Landwirtschaft des Landes bis zum heutigen Tage an zwei wichtigen Folgen der mangelhaft durchgeführten Zuteilung von Grund und Boden im Jahre 1864 an die Bauern leidet.

Ich habe hier im Auge:

1. die Bauernservitute,
2. die Kommasation des Bauernbodens.

Im Jahre 1864 wurden auf

8155 Rittergütern

die Servitute zugunsten von 359 229 Bauerngehöften in Kraft erhalten.

Infolge der außerordentlich erschwerenden Vorschriften konnte, trotz der größten Bemühungen der Gutsbesitzer, die Liquidation der Servitute nur zu einem gewissen Teil erledigt werden.

Im Jahre 1912 stellte sich der Stand der Servitute in Zahlen folgendermaßen dar:

mit Servituten belastet waren	2 711 Rittergüter
aus Waldservituten zogen	
Nutzen	12 713 Bauerngehöfte
aus Weideservituten zogen	
Nutzen	29 614 Bauerngehöfte
aus beiden Arten von Servituten zogen Nutzen	48 896 Bauerngehöfte
aus Fischereiservituten zogen Nutzen	9 420 Bauerngehöfte
aus verschiedenen anderen Servituten zogen Nutzen	1 721 Bauerngehöfte
Im ganzen zogen im Jahre 1912 aus den Servituten Nutzen	102 364 Bauerngehöfte.

In dem gleichen Jahre 1912 hatten die Bauern das Recht, aus den mit Servituten belasteten Wäldern auszuführen:

an Bauholz:

Stämme	61 134 Stück,
Pfähle und Stangen	172 215 Stück,

an Brennholz:

Stämme und Wurzeln . . .	77 849 Fuhren,
Holz	1 393 246 Fuhren,
Holz	4 686 Klafter,
Reisig	694 526 Bündel,

an Waldstreu:

Fuhren	169 100
Bündel	52 248

Schließlich hatten in dem gleichen Jahre 1912 die Bauern das Recht, auf dem mit Servituten belasteten Boden zu weiden:

	Kühe:	Pferde:	Schafe:	Schweine:
auf Viehweiden . . .	57 099	16 544	29 927	4 571
auf Feldern . . .	56 487	13 302	33 629	8 085
in Wäldern . . .	170 871	46 708	74 431	5 954
auf Wiesen . . .	35 376	8 741	19 705	2 466

Was nun Oesterreich anbetrifft, so umfassen die noch nicht liquidierten Servitute lediglich Wälder von 12 531 ha (1910) Umfang.

Bei der Landzuteilung an die Bauern im Jahre 1864 hat die Regierung eine wirtschaftliche Anormalität geschaffen in Gestalt von 150 000 Bauernbetrieben von nur je 3 Morgen. Gleichzeitig hat aber die russische Regierung sich nicht im geringsten um die Beseitigung dieser Streulandeinteilung bemüht.

Etwa 57% der nutzbaren Ackerbaufläche im Königreich Polen gehört den Bauern, die Hälfte dieses Besitzes besteht aber aus Streuland, und zwar in solchem Maße, daß ein Bauer seinen Bodenbesitz in mehreren, oft sehr vielen Anteilen hat.

Im Jahre 1909 betrug der allgemeine Umfang dieser Streuländereien etwa 4 200 000 ha. Im Gouvernement Lomża kamen Fälle vor, wo ein Bauer 40 Morgen Land in 250 Anteilen besaß.

Bis zum Jahre 1910 galt das Gesetz, auf Grund dessen eine Kommasation der Bauerngüter nicht anders vorgenommen werden konnte, wie auf einmütigen Beschluß sämtlicher Bauern des betreffenden Dorfes. Erst im Jahre 1910 wurde im Königreich Polen ein Gesetz eingeführt, auf Grund dessen solche Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt werden können.

Bis zum 1. Dezember 1912 konnte auf Grund dieses Gesetzes in 462 Dörfern die Kommassation von Bauernbetrieben von zusammen 175 000 ha Umfang vorgenommen werden. (Fortsetzung folgt.)

Der polnische „Staatsstreich“ im Lichte der Wahrheit.

Von Jan Tarczewski.

Ein polnisches Sprichwort sagt, daß der Klatsch wie ein Spatz hinausfliegt und wie ein Ochs zurückkehrt. Eine solche Metamorphose ist mit dem sensationellen Communiqué der P. O. W. (Polnische Militär-Organisation)*), mit den geheimnis-

vollen Enthüllungen über den Staatsstreich des Herrn Studnicki, vor sich gegangen.

Jeder, der nur ein wenig die Warschauer Verhältnisse kennt, weiß sehr gut, daß in Warschau diesen Klatsch absolut niemand ernst genommen

*) Die P. O. W. (Polnische Militärorganisation) ist noch vor dem Kriege entstanden und zwar parallel mit den Schützenorganisationen in Galizien, aus denen sich

später die so rühmlich bekannt gewordenen polnischen Legionen entwickelt haben, deren Schöpfer, Leiter und geistiger Vater der gegenwärtig in Deutschland inter-

hat. „Der Verschwörer“ hat am Tage des Erscheinens des Communiqués im Staatsrat eine Rede gehalten, in Anwesenheit eines der Herren Regenten, der in der Seitenloge den Beratungen beiwohnte; weder dem „Verschwörer“ noch dem erwähnten Regenten ist dadurch auch nur für einen Augenblick die Ruhe geraubt worden. Man sah darin eher eine humoristische Episode, die von dem erfinderischen Geiste gewisser politischer Querköpfe zeugt. Diese rechnen gar nicht damit, daß wir boshafte Zuschauer und Hörer haben, die aus jedem Fall unserer inneren Zwistigkeiten eine Waffe gegen das ganze Volk, ja gegen das ganze polnische Problem schmieden. Jede Gelegenheit ist ihnen recht, um auf die Polen zu hetzen. Die „Deutsche Tageszeitung“ und der „Berliner Lokal-Anzeiger“ haben die Nachricht von dem polnischen Staatsstreich auf eigene Rechnung mit dem Epitheton versehen: „Anti-deutsche polnische Verschwörung“, was man jedoch weder aus dem Communiqué der P. O. W. noch aus irgendeinem Kommentar der polnischen Zeitungen auch nicht im entferntesten hätte entnehmen können. So sieht die tendenziöse Sauce aus, die man in Berlin zu einem Faktum hinzutun mußte, das sonst in anderer Weise für die anti-polnische Politik gar nicht auszunutzen war. Herr Studnicki hat selbst in seinem gedruckten „Briefe an die Mitbürger“ erklärt, wie der Klatsch entstanden war. Das Communiqué der P. O. W. hat mit merkwürdiger Offenheit gestanden, daß der Verfasser dieser Nachricht, Zbierański, mit Absicht vorge-schoben wurde, um Herrn Studnicki zunächst nach-zuspüren und ihn dann zu diskreditieren.

nierte Brigadier Josef Piłsudski war. Die P. O. W. hat während der Kämpfe mit den Russen in Kongreß-polen und besonders während des russischen Rückzuges den Zentralmächten durchaus nicht gering zu schätzende Dienste erwiesen: durch Sprengung von Brücken (z. B. die Bugbrücke bei Brześć Litewski), Störungen von Telegraphenleitungen, Sprengung von Munitionsdepots usw. Zu den Mitgliedern der P. O. W. gehören zahlreiche frühere Legionssoldaten, die Schulter an Schulter mit den Deutschen gegen Rußland gekämpft haben und von denen manche durch deutsche Eiserne Kreuze ausgezeichnet wurden. Es ist lediglich der unklaren Politik der Zentralmächte gegenüber der polnischen Armeebildung zuzuschreiben, wenn diese Organisation aus dem Gleichgewicht gekommen und wiederum zur unterirdischen Tätigkeit zurückgekehrt ist. Anm. der Redaktion.

Da Herr Studnicki sowohl in Warschau wie in Berlin öffentlich für ein Bündnis mit den Zentralmächten, besonders mit Deutschland, wirkt*), so kam es den Verfassern des Communiqué darauf an, im aktivistischen Lager eine Spaltung zu erwecken und gegenseitiges Mißtrauen hineinzutragen. Wie man sich aus den Stimmen der polnischen Presse überzeugen konnte, hat dieser Versuch diesmal ein völliges Fiasko erlitten.

Wenn man jedoch von dieser Fälschung alle diejenigen Hüllen ablöst, die die annexionistische deutsche Presse um sie gewoben und in welche die P. O. W. sie mit hinterlistiger Bosheit eingekleidet hat, so verbleibt dennoch ein gewisser wahrer Kern, auf den es sich lohnt, die Redaktionen der „Deutschen Tageszeitung“, des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und aller derjenigen Blätter, die diese sensationelle Nachricht wiederholt haben, aufmerksam zu machen. Es gab in Warschau einen Augenblick, wo dieser „Staatsstreich“ in aller Leute Mund war. Dieser Gedanke kreiste in der Luft herum, er hat aber seinen Anfang genommen nirgends anderswo wie in dem ukrainischen Staatsstreich des Hetmans Skoropadski, hinsichtlich dessen, trotz aller offiziellen Dementis, niemand zweifelt, daß er der Unterstützung der Zentralmächte seinen Erfolg verdankt.

Man schloß daraus, daß das, was in der Ukraina gelungen war, noch besser im Königreich Polen gelingen würde, sofern die Zentralmächte ebenso aufrichtig den Aufbau der polnischen Monarchie anstreben, wie die Konsolidierung der ukrainischen Republik. Nur dieser eine Umstand konnte Zweifel erwecken, denn im übrigen begriff jeder, daß sich in Polen diese Sache viel ruhiger und glatter abspielen würde, und zwar aus folgenden Gründen: Die Bevölkerung des Königreichs Polen ist trotz der Parteizwistigkeiten im Grunde genommen viel besser vorbereitet zum Aufbau eines Staates, ist innerlich viel weniger zerrissen und auch leichter zu regieren wie die Bevölkerung der Ukraina. Bei uns herrscht absolute Einstimmigkeit in solchen Punkten, die für die Ukraina

*) Nach den Informationen der „Deutschen Tageszeitung“, „Deutschen Zeitung“, „Berliner Lokal-Anzeiger“ soll Studnicki ein Ententefreund sein, der den angeblichen „Staatsstreich“ gegen die Zentralmächte zu richten beabsichtigte!!! (Anm. der Redaktion.)

heute und noch lange Zeit hindurch strittig sind, nämlich bezüglich des nationalen Charakters des Landes. Jeder weiß und erkennt es an, daß bei uns die Staatssprache nur polnisch sein kann, daß die Polen das Land regieren sollen, daß das Gesetz alle Staatsbürger in gleicher Weise vor Gewalt, Uebermacht und Raub beschützen muß. In der Ukraina dagegen ist es noch gar nicht geklärt, ob dieses Land überhaupt ukrainisch sein soll, was übrigens durchaus verständlich ist. Die Ukrainisierung der Ukrainer macht nämlich gewaltige Schwierigkeiten, weil die überwiegende Mehrzahl der Intelligenz die ukrainische Sprache gar nicht beherrscht. Bei uns streiten die Leute, aber sie schlagen sich nicht gegenseitig tot. Ihnen gefällt diese oder jene Regierung nicht, aber nicht, weil es sie nach der Anarchie verlangt, sondern weil sie eine andere, den Landesbedürfnissen mehr angepaßte Regierung haben möchten. Es ist deshalb klar für jeden, der die polnischen Verhältnisse kennt, daß jede polnische Regierung, die im Besitze der Regierungsmittel, Regierungsgewalt, der Finanzen und des Verwaltungswesens wäre, auch Gehorsam und Autorität im Lande finden würden. Es würden sich wohl immer einige Unzufriedene finden — wo fehlen solche? —, aber das große und zwingende Argument zugunsten der Regierung wäre die für alle verständliche Tatsache, daß immerhin die Politik dieser Regierung richtig sein mußte, wenn es ihr gelungen war, das von allen einmütig erwünschte Ziel zu erreichen und die polnische Unabhängigkeit aus der Welt der papiernen Akte in die Wirklichkeit des Alltages zu verlegen. Jede Regierung, die so etwas erreichen könnte, wird in Polen volkstümlich sein. Wenn Beweise notwendig sind, so kann man hierfür die Volkstümlichkeit des provisorischen Staatsrates und des Regentschaftsrates anführen, solange sie noch die Hoffnung erweckten, daß sie tatsächlich die Regierungsgewalt übernehmen werden und ihre wachsende Unpopularität, als man sich überzeugte, daß sie nur kraftlose Symbole der polnischen Staatlichkeit sind.

Die Passivisten wären, im Grunde genommen, sehr zufrieden, wenn der Aktivismus solche realen Erfolge erzielen würde, die dem ganzen Lande

Nutzen brächten, und sie würden sich ihrerseits beeilen, ihren Anteil an diesem Nutzen zu verlangen. Sie wären also sehr erfreut, wenn sie in dieser Weise die Partie verlieren würden.

Leider haben die Zentralmächte bis zu diesem Augenblick nichts getan, um dem Aktivismus zum entscheidenden Triumph zu verhelfen und den Passivisten eine gründliche moralische Niederlage zu bereiten. Während sie sogar den verschiedensten Aktivisten eine wirkliche Unterstützung versagen, liefern sie den Passivisten fortgesetzt neue politische Argumente, die nicht allein im Lande, sondern auch im Auslande den Glauben an die Ehrlichkeit der Zusagen untergraben, daß Polen mit Unterstützung der Zentralmächte ein unabhängiger Staat werden soll.

Durch einen Vergleich mit der Ukraina wird dieses System am besten beleuchtet. Als in Brześć Litewski der Vertrag mit der Ukraina unterschrieben wurde, herrschte unter den Teilnehmern der Konferenz die Ueberzeugung, der übrigens Radoslawow Ausdruck gab, daß die Ukrainer im Gegensatz zu den Polen ihren Staat ausgezeichnet organisiert haben, daß sie eine mächtige Heermacht, eine musterhafte Wirtschaft und ein exaktes Verwaltungswesen geschaffen haben. Die Tinte, mit der jener Vertrag unterschrieben wurde, war noch nicht trocken geworden, als schon der ganze Bluff zum Vorschein kam und die Schöpfer des ukrainischen Staates sich auf die Wanderschaft begeben und das so ausgezeichnet verwaltete Land verlassen mußten. Es stellte sich heraus, daß ein ukrainisches Heer gar nicht existierte, und daß die in der Ukraina stehenden Truppen die Zentralrada überhaupt nicht anerkannten.

Da es sich jedoch für die Zentralmächte darum handelte, daß die Ukraina aus einem geographischen Begriff zur Wirklichkeit wird, so führte man ihr eine fertige Truppenmacht zu, aus lauter ukrainischen Kriegsgefangenen bestehend.

Die Polen haben während des ganzen Krieges von Oesterreich-Ungarn und Deutschland wiederholt verlangt, es möge ihnen gestattet werden, in die bereits fertigen polnischen Legionen und später in das polnische Heer solche polnischen

Kriegsgefangenen aufzunehmen, die selber darum baten und bitten, bisher jedoch — ergebnislos.

Schon etwas guter und aufrichtiger Wille seitens der Okkupationsbehörden — hätte hingereicht, schon wenn den Bestrebungen der Aktivisten keine Hindernisse in den Weg gelegt worden wären, — hätte ausgereicht und der Aufbau des polnischen Staates wäre heute bedeutend weiter vorge-schritten.

Der unerträgliche Stillstand in der Verwirklichung des Aktes vom 5. November erschöpft bis zum Rest die Geduld und ertötet das Vertrauen der polnischen Nation. So mußte unter dem Eindruck des Staatsstreichs der Ukraina in allen Köpfen der Gedanke entstehen: Wenn die Zentralmächte Polen aufbauen wollen, so müssen sie dasselbe tun, wie dort. Sie müssen zulassen, daß die Steuer der polnischen Politik aus schwankenden und unentschlossenen Händen in die Hände kühner und entschlossener Personen übergeht, sie müssen sie loyal unterstützen und auf sicherem Fundament das Bündnis Polens mit Mitteleuropa aufbauen.

Damit dieses Programm verwirklicht werden könnte, müßte das Provisorium aufhören, das durch den Regentschaftsrat symbolisiert wird, dieses dreifachen Fragezeichens auf dem polnischen Thron.

Wenn von dem Rücktritt des Regentschaftsrates die Rede sein soll, so muß daran erinnert werden, daß dazu weder eine Verschwörung, noch eine Revolution, noch irgendein Staatsstreich nötig ist; es genügt, wenn die Verwirklichung der Septemberpatente und des Aktes vom 5. November beschleunigt wird. Nirgends wird dort gesagt, daß Polen ständig durch ein Triumvirat regiert werden soll; es soll eine konstitutionelle Monarchie sein. Die Regentschaft sollte während der Uebergangszeit ein Ersatz der monarchischen Gewalt sein; ihre einzige Rolle sollte sein: — den Thron für den König vorzubereiten.

So ist es darum auch nicht verwunderlich, daß

jeder, dem es daran liegt, schnell aus der Welt der papiernen Akte zu den realen Tatsachen überzugehen, in dem Rücktritt des Regentschaftsrates nur eine durchaus logische und konsequente Folge der definitiven Lösung der polnischen Frage sehen würde.

Auf dem Hintergrunde solcher Ueberlegungen entstanden — nicht Pläne, nicht Verschwörungen —, sondern Annahmen, Hoffnungen bei Diesen und Befürchtungen bei Jenen. Sie kamen zum Ausdruck im politischen Meinungsaustausch höchst platonischen Charakters. Aus solchem Meinungsaustausch hat dann der Herr Zbierański seinen Anklageakt gegen Studnicki aufgebaut. Wie wir sehen, ist der eigentliche Anreiz zu diesen Hoffnungen in der ukrainischen Politik der Zentralmächte zu suchen, und — in der vielleicht allzu kühnen Erwartung, daß dieselben Mächte, die den Schöpfern der ukrainischen Republik alle ihre Mittel und Kräfte zur Verfügung gestellt haben, im geeigneten Augenblick auch geneigt sein werden, die Baumeister der polnischen Monarchie zu unterstützen. Wenn diese Erwartungen sich nicht als so gegenstandslos herausgestellt hätten, so hätte gewiß auch die P.O.W. es vorgezogen, sie nicht durch sensationelle Märchen zu diskreditieren und lächerlich zu machen.

Die Bekämpfung einer unfruchtbaren Politik ist ein leichtes und anziehendes Spiel, weil es billige Triumphe verschafft. Herr Studnicki mit seiner offenen und konsequenten deutschfreundlichen Politik ist eben deshalb das Opferlamm aller Passivisten, denen aber die deutschen Annexionisten, die alle polenfreundliche Richtungen in Deutschland selbst abtöten, und die deutschfreundliche Richtung in Polen kompromittieren, nur in die Hände arbeiten.

Heimkehr.

Von Jan Pietrzycki.

„Unserem Vaterland getreu bis zum letzten
Atemzug...“

(Aus dem Manifest des Generals Henryk
Dąbrowski.)

Wir sind es, Deine Schanze, die im Opferbrand zerbarst,
Wir, tote Kämpfer, die aus Trümmerhallen
Eh'maliger Cäsarenpracht, herab vom Alpenkarst,
Der blutigen Leiber ledig, zu Dir heimwärts wallen.

Es sah der stolze Tiberstrom, der nebelblaue Rhein
Das Antlitz unserer Not, von Glut zerfurcht und Stürmen;
Fernab von Dir, im Schnee der Alpenfirnen,
Auf Apenninenhöhn bleichte unser Gebein.

Du wiesest uns den Schmerzensweg der Heimatlosen,
Du warst es, die uns rief zum heiligen Opfertod,
Mit „Deiner Donnerstimme, die durch Wettertosen
Uns ewig hörbar war in aller Qual und Not.

Wie oft warst Du auf blutigem Bläichfeld uns erschienen,
Wie oft sahn wir Dein Geisterbild im Sonnenbrand,
Wenn wir mit starrem Blick von Romas Zinnen
In Sehnsucht spähten fernhin über Land.

Von Deinen Weihegrüften stieg lebendiger Odem
Längst toter Zeiten herrisch zu uns auf,
Und glaubend wurden wir, daß unser schlichter Hauf'
Durch Blutesopfer kehrt zurück auf Deinen Boden.

Uns ward zuteil — des Kriegsgotts rauhes Walten,
Vergeblich Hoffen, Mißgeschick und Leid,
Doch haben wir die Treue Dir gehalten,
Als Deine Künstlerschar bis in den Tod bereit.

Wir sind es, die zu Deiner Freiheit goldnen Tagen
Kehren zurück zu Dir als frommer Pilgerzug,
Die bluterrungene Ernte heimzutragen
Und zu entfesseln Deinen stolzen Flug.

Dem Leben zugesellt wirst Du uns wiedersehn
Als Wächter, Polen, Deiner jungen Heere;
An jenem Tag, wenn Deine Fahnen wehn,
Soll grüßen Dich das Banner unserer Ehre! —

Uebertragen von Jean Paul Ardeschah,

Weissrussen.

Eine historisch-ethnographische Studie.

Von Alexander Brückner.

Etwas Unmögliches, weil Unbegreifliches, und doch Wirkliches!

Ein Volk von über acht Millionen Menschen, auf großem geschlossenen Boden, seit einem Jahrtausend christlich und doch ohne Geschichte, als hätte es nie gelebt; ohne jede Literatur, als hätte es nie gedacht; ohne Kultur, als hätte es nie nach Fortschritt gestrebt — das sind die Weißrussen.

Es war nicht immer so; es gab eine Zeit, wo sie ihren Nachbarn nicht nur kulturell weit überlegen waren, wo sie eigene Fürsten besaßen, wo sie, besiegt, die geistigen Herren ihrer Besieger wurden. Dies alles ist längst dahingeschwunden und sie selbst erst in Unbedeutenheit, dann in endgültige Vergessenheit geraten, aus der sie anderer Sammeleifer hervorriß. Die Weißrussen figurierten eigentlich nur noch in den Berichten über Sagen und Märchen, Lieder und Sprüche, Wörter und Laute, die, von Polen und Russen gesammelt, von den Akademien in Krakau und Petersburg gedruckt wurden. Zu ihrer Verschollenheit trug bei, die Ungunst ihres kümmerlichen, wald- und sumpfbedeckten, kalten Bodens; die Ungunst ihrer Geschichte, die nie ein alle Weißrussen umfassendes Gebilde hatte erstehen sehen; die Ungunst ihrer konfessionellen Verhältnisse, die eine tiefgehende Spaltung zwischen ihrer katholischen Minderheit und der weit überlegenen orthodoxen Mehrheit hervorrief; die unglaubliche Armut und Zurückgebliebenheit dieses Volkes von analphabetischen Bauern (90%). Und schon sollten bald nur noch in ethnographischen Sammlungen ihre Spuren erhalten bleiben.

Keinerlei eigenes Verdienst oder Zutun, nur der Auseinanderfall des großen Rußland, hat ihnen die Möglichkeit von Ansprüchen auf eigene Existenz und damit Sammlung ihrer gar bescheidenen Kräfte-Anfänge gebracht. Wie nur die deutschen Waffen einen „kleinrussischen“ (ukrainischen) oder litauischen Staat aus dem Nichts gehoben haben, so haben auch sie erst die Weißrussen an ihre Existenz nachdrücklich erinnert und sie zum ersten Male aus ihren ärmlichen Dörfern und Flecken (denn in größeren Städten glänzen

sie nur durch ihre Abwesenheit), aus ihren Wäldern und Sümpfen, aus ihrer Abgeschiedenheit und Vergessenheit ans Tageslicht heraustreten lassen.

Worauf gründen nun die Weißrussen ihre heutigen Ansprüche? Auf geographische Geschlossenheit ihres Gebietes, auf Einheit ihrer Sprache und — Unkultur; ein Gemeingefühl der Zusammengehörigkeit, wie es aus Geschichte, Kultur, Idee für jedes historische Volk sich von selbst ergibt, fehlt ihnen allen durchaus, muß durch die rein mechanischen, äußerlichen, gemeinsamen Sitze und Sprache ersetzt werden.

Der Hauptsitz der Weißrussen, d. h. wo sie außer Juden und Beamten die ausschließliche Bevölkerung bildeten, ist das Gouvernement Mohilew, das „Gräberland“ mit seinem unheil kündenden Namen; dann Mińsk mit seinen Polesjesümpfen; endlich Witebsk und Wilno, denn in den anderen Gouvernements ringsum, in Grodno, Smolensk usw. sinken sie auf bloße geringe Bruchteile der Bevölkerung. Seit Jahrhunderten sind sie ohne eigene Intelligenz, die einst ausschließlich polnisch war, und im Laufe des XIX. Jahrhunderts, namentlich seit 1803, immer mehr durch die aufgedrungene russische mit Hilfe aller Gewaltmittel russifiziert wurde; ohne Intelligenz blieben sie auch ohne eigene Schriftsprache. Die nationalistische Bewegung, die ganze moderne Welt durchziehende, hat auch einzelne Weißrussen beleckt und Bauernsöhne, die z. B. als Lehrer aus dem Seminar in Nieśwież hervorgingen, sind von dem Ehrgeiz, Wecker ihrer Stammgenossen zu werden, diese aus ihrer Gedrücktheit und Vergessenheit herauszubringen, und für eine kulturelle und materielle Hebung der Vergessenen und Aermsten zu sorgen, ergriffen worden. Dieser modernste nationale und demokratische Zug trat auch unter den in Petersburg und anderswo studierenden (im Lande gab es ja keine höhere Lehranstalt) Weißrussen auf, die dem Beispiel aller anderen „Landsleute“ folgten und nach Maßgabe ihrer allerbescheidensten Mittel für eine Belehrung ihres Volkes in seiner Sprache, für Herstellung seiner elementaren Literatur (Volks- und Schul-

bücher, agronomischen und anderen lehrhaften Inhalts, sowie Erzählungen, Verse u. dgl.) wirkten. Diese Jugend, wie die ganze russische, vom Marxismus, von sozialdemokratischen Ideen beeinflusst, trug sie dann in diese Literatur hinein und war natürlich gezwungen, dies heimlich, in verbotenen, illegalen Broschüren und Zeitungen oder wenn offen, nur gar bescheiden zu tun. So gab diese Jugend eine Zeitlang heimlich eine Zeitschrift unter dem Titel *Homan* (Stimme, Ruf) heraus; diesen Titel trägt darum die heute in Wilno offen herausgegebene weißrussische Zeitung. Langsam mehrten sich die spärlichen Boten einer Neugeburt (nicht Wiedergeburt etwa!) des Weißrussentums; immer deutlicher sprach sich ihr Separatismus gegen Polen und Russen aus; gegen die Kleinrussen, an die man unmittelbar stößt, war er unnötig, denn diese verfügten selbst über nichts, konnten daher im Ernst nicht gefährlich oder hinderlich werden. Die Bewegung griff nur langsam um sich, und daher nimmt es uns nicht wunder, wenn heute, ganz wie in Kiew, unreife Leute, halbwüchsig nach Alter und noch mehr nach Bildung, die Vertretung ihres Volkes an sich reißen. Ihr Wahlspruch lautete noch vor kurzem: „Auch vor unserem Fenster wird Sonne leuchten“, aber die weißrussischen Fenster sind äußerst klein, und die weißrussische Sonne ist kalt, reift und trocknet nicht einmal das Getreide, und es muß ihm künstlich, in der Darre nachgeholfen werden.

Arm ist der Weißrusse; wie arm, lehrt schon sein Vieh, spärlich an Zahl und minderwertig an sich. Dafür ist er äußerst bedürfnislos; ihn befriedigt ein Leben, das anderen unerträglich schiene, und es ist niemand so anhänglich an den eigenen Boden wie er; nur die drückendste Not, im Grunde sein stetiger Wirt, kann ihn aus dem Dorfe etwa in die Stadt zum Lebenserwerb treiben, und auch da geht er nur möglichst nahe. Ihm fehlt die Wander- und Unternehmungslust des Großrussen; er verträumt sein Leben zwischen Geburt, Hunger und Tod. Das arme Land mit seinem einförmigen waldigen und sumpfigen Charakter drückt ihm Schwermut auf, macht ihn verschlossen und verdrossen, und dadurch unterscheidet er sich von dem sanguinischen, temperamentvollen Kleinrussen, der höchstens in den Morästen des Polesie im Pinsker Lande, wo sich beide, Weiß- und Klein-

russen, berühren, ihm ähnlicher wird. Auch die Sprache des Weißrussen ist besonders geartet; sie hat Züge mit der kleinrussischen und andere mit der großrussischen gemein und übertrifft beide durch den Reichtum an polnischen Elementen in allem, was auf Kultur Bezug hat.

So ist der Weißrusse unter allen Russen der rückständigste; kein Wunder, daß er gerade für den Ethnographen das interessanteste Objekt bildet. Seine Töpfe, seine primitiven Ackerbaugeräte, seine Gemeinwirtschaft in Großfamilien, seine selbstgefertigten Stoffe und Muster, seine Weltanschauung; das alles war vor einem Jahrtausend bereits, wie es heute noch ist. Und zu irgendeinem nationalen Bewußtsein ist er bis heute nicht gekommen. Fragt man ihn, was er wäre, so ist die einzige Antwort: ich bin ein Hiesiger, oder auf weiteres Drängen: ich bin katholisch oder orthodox; nur daß er Weißrusse ist, davon weiß er nichts, und hat er militärisch gedient, so wird er sein Weißrussentum energisch abstreiten und von sich behaupten, er wäre Russe; in den Gefangenenlagern kann man dies stets beobachten. So ist alles an ihm unbewußt, sogar sein Name, denn woher stammt er? Von der hellen Kleidung, heißt es, daß er die Naturfarbe seiner Stoffe, Leinen und Wolle, nicht bunt oder schwarz färbt, aber das tun andere auch und beanspruchen doch nicht diesen Namen; der „weiße Zar“ residierte in Moskau, und dessen Rußland könnte eher das weiße genannt werden. Diese entsetzliche Rückständigkeit des Weißrussen läßt sich höchstens mit der einzelner finno-ugrischer Stämme im Osten Rußlands vergleichen, aber sie läßt sich aus Geschichte von Land und Leuten hinlänglich erklären.

Mit der ursprünglichen Völkertafel, wie sie der russische Chronist im elften Jahrhundert für Russen aufstellte, decken sich nicht ohne weiteres die späteren Verhältnisse. Die nach ihm, nach dem sogenannten Nestor, diese Gegend einst bewohnenden Stämme der Dregowitschen, Kriwitschen und Radiwitschen (d. i. die „Söhne des Sumpflandes“, „des Kriw“ und „Radim“, letzterer soll ein Pole gewesen sein) sind nicht ohne weiteres alle die heutigen Weißrussen von Grodno bis Smolensk, aber ihr Hauptteil dürfte in diesen Stämmen stecken. Ihr Hauptort wurde Polotsk, nach seiner Lage am Flusse (Polota) benannt, wie alle übrigen

Orte auf -sk, Mińsk, Witebsk, Smolensk usw. Das Polotsker Fürstentum sonderte sich frühzeitig aus der Reihe der übrigen russischen Teilfürstentümer aus, führte sein besonderes Leben und ging darunter zugrunde. Denn es hatte zu seinem Nachbar im Westen die Litauer, die, einst den Russen tributpflichtig, die Schwächung der untereinander stets Hadernden und durch stete weitere Teilungen alle ihre Kräfte zersplitternden Teilfürsten ausnutzten, um unter Führung energischer Stammesfürsten nicht nur russisches Joch abzuschütteln, sondern sich selbst diese westlichen Teilfürsten in Polotsk, Pinsk usw. zu unterwerfen und zu beseitigen. Langsam, stufenweise ging vor sich diese Bildung eines litauischen Staates auf Kosten dieser Westrussen, schon wegen der geringen Zahl der Litauer, was ihre Fürsten durch desto größere Energie und Konsequenz ausglich. Aber diese noch heidnischen Litauer, Feueranbeter, standen vor den Christen-Russen auf ungleich tieferer, völlig barbarischer Kulturstufe, und sie konnten wohl ihr physisches Joch den Westrussen aufwerfen, gerieten aber in deren geistiges. Statt ihre litauische Eigenart zu pflegen, gaben sie diese zugunsten der russischen schon im XV. Jahrhundert völlig auf; die numerische große Ueberlegenheit der Russen — in dem neuen litauisch-russischen Reich verschwand förmlich das rein litauische Element — war noch größer auf allem geistigen und kulturellen Gebiet. Einrichtungen, Schrift und Sprache drängten diese Weißrussen ihren neuen litauischen Bezwingern auf. Die physisch Besiegten wurden die moralischen, kulturellen Ueberwinder ihrer Gebieter; schon die Söhne des ersten litauisch-polnischen Großfürsten kannten kein Litauisch mehr, nur Weißrussisch. Nur der bloße Name „Litauisch“ existierte, der aber im XV., XVI., XVII. Jahrhundert etwas völlig anderes, als heutzutage bedeutete. Heute verstehen wir unter „litauisches Volk, Sprache, Schrift“ ausschließlich das Völkchen am Unterlauf des Njemen, mit seinem Mittelpunkt um Kowno und seinen zwei Millionen Menschen, d. i. Bauern; dagegen bedeutete früher der Name „Litauen“ das ganze litauisch-russische Großfürstentum mit seinen Hauptorten Wilno, Polozk, Troki, Witebsk, Nowogrodek, ja er dehnte sich einst auch noch über Wolhynien, Kiew, Podolien aus, ist aber in diesem Umfang von den

Polen erfolgreich bestritten und auf das kleinere oben angegebene Territorium beschränkt worden. Alles Russische dieses weiten Gebietes, Gesetz- und Geschichtsbücher, Sprache und Schrift, Menschen und Aemter, wurde einfach „litauisch“ genannt, und wenn es auf den Titeln russischer Bücher, die in Moskau im XVII. Jahrhundert gedruckt wurden, heißt: „übersetzt aus dem Litauischen“, so ist damit ja nicht das heutige Litauisch gemeint, das ja über keine Bücher verfügte, sondern das Weißrussische, das wiederum seinerseits ja nicht mit dem heutigen weißrussischen Dialekt ohne weiteres identifiziert werden darf. Denn diese „litauische“, d. h. weißrussische Schriftsprache ruhte auf der Grundlage der alten Kirchensprache, die sich zu allen russischen Volksmundarten etwa wie Lateinisch zu Italienisch verhielt, und sie trug in Moskau eine andere Färbung, eine altertümlichere, als die in Wilno herrschende, wo sie viel polnische Elemente im Wortschatze und Echtrussisches im Formenbestand aufgenommen hatte. In diesem sonderbaren Gemisch von Kirchenslawisch, Westrussisch, Polnisch sind alle sogenannten „litauischen“ Rechtsbücher, Urkunden, Chroniken seit jeher abgefaßt, und dieses Gemisch drang auch in die kirchliche Literatur ein, und solche kirchlichen Bücher kamen schließlich nach Moskau, wo man deren Polonismen gar nicht verstand und daher diese russischen Bücher in das in Moskau übliche Kirchenslawisch-Russische übersetzen mußte.

Denn unterdessen war, namentlich im Laufe des XVI. Jahrhunderts, in dem litauisch-russischen Großfürstentum eine außerordentliche Veränderung vor sich gegangen, in deren Gefolge das Litauisch-Russische aus seiner alleinherrschenden Stellung langsam verdrängt wurde. Das Großfürstentum war nämlich mit Polen eine politische Union eingegangen; dabei war das noch heidnische, eigentliche Litauen (im engeren ethnographischen Sinne des Wortes) katholisch geworden und unterlag völlig der höheren polnischen Kultur, wie diese ausging: vom Hofe der Großfürsten, nach dem sich die Höfe der Großwürdenträger und Magnaten bald zu richten begannen; von der Geistlichkeit, die aus Mangel an Litauern ausschließlich aus Polen sich rekrutierte; von den Städten, wo das polnische Element bald jedes

andere ersetzte, und so verdrängte stetig die neue polnische die ältere, einfachere russische Kultur. Dem Hofe, der Geistlichkeit folgte bald der gesamte Adel, und schon zu Ende des XVI. Jahrhunderts verschwand das Russische aus dem allgemeinen Gebrauch. Traditionell hielt es sich in der großfürstlichen Kanzlei noch ein Jahrhundert lang, bis es völlig abgeschafft wurde, weil es niemand im Lande, d. h. in den herrschenden Ständen, schreiben und lesen konnte. So wurde das Polnische die ausschließliche Sprache in Hof, Kirche, Stadt, in Verkehr und Schrift, so drängte sich polnisches Leben und Weben in Litauen-Rußland für immer ein.

Das Russische erhielt sich daneben bei der immer spärlicheren orthodoxen Geistlichkeit, ungeschmälert nur beim Volke, d. i. beim Bauern. Und daraus ergab sich ein neuer Gegensatz zwischen ihm und dem Städter und Adel; zu dem sozialen und konfessionellen gesellte sich schließlich der sprachliche und nationale. Wohl verstand der Adlige und Bürger, ohne es zu lesen oder gar zu schreiben, beim Sprechen. Dieses russische Idiom, das ihm schon durch seine zahlreichen Polonismen, ja durch manche lautliche Eigentümlichkeiten (dz, ć wie im Polnischen) näher stand als jedes andere Russische; für die katholischen Weißrussen brauchte daher die Kirche einfach das Polnische in Predigt, Katechisation, Lied, was bis heute geblieben ist, so daß der katholische Weißrusse das Polnische als notwendige Zutat seiner Kirche betrachtet, polnisch betet und liest, während für die Orthodoxen nur die alte Kirchensprache existiert. So verschwand denn das „Litauisch“, d. h. jenes Gemisch von Kirchensprache, Weißrussisch, Polnisch, völlig im Laufe des XVIII. Jahrhunderts aus der Oeffentlichkeit, aus Schrift und Buch, und als zu Anfang des XIX. Jahrhunderts einzelne, namentlich Polen, in humoristischen Gedichten des komischen Effektes halber des Weißrussischen sich bedienten, so schrieben sie nicht den alten, kirchlichen, sondern den echten, volkstümlichen Dialekt, das eigentliche Weißrussische, nicht jenes „litauische“ Gemisch; von einer Parodie der Aeneis nach Art der deutschen des Blumauer reichte dann diese populär-humoristische Literatur bis zu einer Ueber-

setzung des polnischen Nationalepos („Herr Thadäus“ des Mickiewicz).

Es waren immer nur Polen, nicht etwa Weißrussen, Gutsherren, humane Edelleute — Bauernfreunde, die Barszczewski, Rypński (in der Emigration), Marcinkiewicz (der Uebersetzer des Pan Tadeusz), die weißrussische Texte verfaßten und druckten. Anfangs duldete dies die Regierung, aber schon zu Ende der 50er Jahre verbot der neue Zensor den schon gedruckten und offiziell erlaubten Pan Tadeusz und vernichtete die ganze Auflage, von der nur einige Exemplare gerettet sind und danach heute erst abgedruckt wurden. Dazu kam, wie für Litauisch, das generelle Verbot jeglichen weißrussischen Druckes, wie es bis 1905 andauerte. Wenn daher die Nieśwießer Lehrer etwas heimlich drucken wollten, so waren sie gezwungen, dies unter Pseudonymen zu tun — daher die Menge von Pseudonymen in der weißrussischen Literatur, wo oft ein einziger mehrere Pseudonymen bis heutzutage braucht; daher alle diese Kołas (d. i. die Aehre, der eigentliche Name dieses Bauerndichters ist Mickiewicz), Ku-pała (d. i. Łuczewicz, der Sänger des Nationalliedes, das sich in den bescheidensten Forderungen bewegt) u. a. Nur hatte sich gegen früher das Bild vollkommen geändert, nunmehr verschwanden die polnischen Adligen aus den Reihen der weißrussischen Literaten. Denn, wie schon bemerkt, haben sich zu Ende des XIX. Jahrhunderts die ersten Vertreter einer kümmerlichen weißrussischen Intelligenz, Dorfschullehrer, Arbeiter, Studenten, um das Schaffen einer weißrussischen Schrift und Schriftsprache bemüht, Traktätlein, Schulbücher, sozialdemokratische Broschüren herausgegeben, vielfach doppelt, in lateinischem (polnischem) und russischem Druck. Jegliche separatistische Tendenz (in politischem Sinne) lag dieser Tätigkeit völlig fern; sie konnte daher noch 1905 von der zarischen Regierung geduldet werden, die zudem eine Schwächung des polnischen Einflusses davon erwartete. Die Absichten dieser „weißrussischen“ Agitatoren erstreckten sich höchstens auf Einführung des Weißrussischen in Schule und Kirche, auf eine gewisse Emanzipation von der bisherigen ausschließlichen Herrschaft des polnischen oder russischen Elementes. Die Resultate sind denn auch außer-

ordentlich dürftig. Wenn schon die viermal so zahlreichen Kleinrussen Rußlands, bei denen die autonomen Tendenzen ungleich älter und kräftiger sind, die sich an die politisch geschulten Kleinrussen (Ruthenen) Galiziens anlehnen konnten, es so wenig weit gebracht haben, daß ihre Radaregierung sich aus einer unglaublich grünen Jugend ergänzen mußte, so kann man sich leicht vorstellen, aus was für Elementen eine weißrussische Vertretung besteht! Dazu haben die Kleinrussen irgendwelche Traditionen, und wäre es nur von Mordbrennern (Hajdamaken, die sie 1918 wiederholten); den Weißrussen fehlen sogar solche; fehlt jegliche Gemeinsamkeit, denn sie sind konfessionell und auch politisch gespalten, da ein starker Bruchteil jenseits der Grenzen des sogenannten litauischen Großfürstentums wohnt. Aus dessen alten Namen erheben heute die ebenso kulturlosen, dafür an Zahl geringen eigentlichen Litauer (im ethnographischen Sinne des Wortes) auch außerhalb ihres engen Gebietes Ansprüche, z. B. auf Wilno, wo sie nur 2% der Bevölkerung bilden, aber die ungleich zahlreicheren Weißrussen brauchen sich an den Namen „Litauen“ nicht zu kehren noch sich irgendeiner willkürlich angemaßten Führung durch Litauer zu fügen; ihre Intelligenz, nachdem die russischen Beamten, Lehrer u. dgl. fortgezogen sind, ist ausschließlich polnisch, zumal in den wenigen Städten mit ihrem starken jüdischen Einschlag.

Um die Hebung des Weißrussen (und Schwarzerussen, diesseits des Njemen, um Nowogrodek — vielleicht stehen beide Namen in ursächlichem Zusammenhang?) hatte sich niemand gekümmert, zumal seit 1863 die Regierung darüber wachte, daß Gutsherr und Geistliche in keinerlei Beziehung zum Bauer träten. Und so versank dieser weiter in seiner Apathie und Indolenz, in seiner Bedürfnislosigkeit und Armut, in seiner bodenlosen Unwissenheit und ursprünglichen Roheit. Zwar drangen äußerliche Spuren der modernen Kultur sogar bei ihm ein: das Petroleumlämpchen ersetzte die alte dürftige Kienspanbeleuchtung, die in der sogenannten „Hochzeit des Kamins“, einer dankbaren Feier dieses noch homerischen Beleuchtungsmittels gipfelte; zwar ersetzte billiger Fabrikschund die eigenen Gewebe, die russische Tellermütze jede andere Kopfbekleidung, wurden Stiefel neben

den alten Bastschuhen häufiger, aber sonst blieb alles beim alten. Nichts wußte man von der diesseitigen Welt, desto mehr und genaueres vom Jenseits, woher man einige Male im Jahre die Seelen der verstorbenen Ahnen und Familiengenossen zu Speise und Trank einlud, um sie nach der schuldigen Bewirtschaftung aus Haus und Hof wieder herauszubitten; so sicherte man sich die Gunst der neidischen Ahnengeister. Kein Arzt noch Apotheker sprach etwas in ihre Krankheiten hinein, die von Behexung, vom bösen Blick kamen und mit Besprechungen, Lösung des Zaubers und Sympthiemitteln zu beheben waren. In derselben Weise sorgte man für die Erträge von Feld und Vieh, einige Heilige (St. Georg z. B.) dafür zur Hilfe aufrufend, in tiefstem Aberglauben versinkend. Denn neben den Kalenderheiligen gab es eine Unzahl von dämonischen Elementen, Haus-, Wald-, Feld-, Wassergeister, die nicht gereizt werden durften, die man zum Teil offenkundig ehrte, so den Hausgeist, der sonst viel Unheil namentlich im Stall anrichten konnte; diese Dämonologie ersetzte jegliches Wissen von der Natur und ihren Kräften. Die Phantasie des Volkes genügte sich an Märchen und Liedern, von denen moderne Forscher, Polen (Federowski) und Russen (Szein, Romanow, Weißrussen von Geburt) stattliche Sammlungen zusammenbrachten; namentlich die Lieder sind nicht arm an wirklich poetischen Zügen; es sind hauptsächlich Frauenlieder, in denen weniger die Liebe, als das traurige Los der vom Elternhause unter die Fuchtel der bösen Schwieger und des harten Mannes ziehenden Weibes beklagt wird.

All diesem Spuk und naiver Ursprünglichkeit haben die Züge des napoleonischen Heeres, die sich ja über Weißrußland nach Smolensk hinwälzten, nichts anzuhaben vermocht; bald erlosch sogar von ihnen jegliche Tradition. Erst der gegenwärtige Krieg hat die stillen Geister der Ahnen für immer von Haus und Hof verscheucht, den Todesstoß der alten Ursprünglichkeit versetzt. Die alte Regierung drängte langsam zu völliger Russifizierung, zu jeglicher Ausschaltung des polnischen Elementes und zur Assimilation des weißrussischen; schon durch den Militärdienst wurde dies erheblich gefördert, die wenigen Schulen taten das übrige. Dem scheint nun durch den Zerfall des alten

Rußland ein Ende für immer geboten; aus dem Wege geräumt ist das Haupthindernis jeglicher nationalen Entwicklung, die Bahn für neues

Schaffen frei. Wie wird sich dieses gestalten? Darauf wird erst die nächste Zukunft die Antwort erteilen müssen.

Dokumente der Polenpolitik.

I. Im Deutschen Reiche.

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 20. Juni 1918 gab namens der freikonservativen Partei Dr. Lüdicke folgende Erklärung ab:

„Bereits im September 1916 haben wir dem Herrn Reichskanzler unsere schweren Bedenken gegen die Festlegung unserer Politik auf die Errichtung eines Königreichs Polen besonders im damaligen Zeitpunkte unterbreitet. Kongreßpolen hat nicht die Erwartungen erfüllt, die man auf die feierliche Proklamation vom 5. November 1916 gesetzt hat. Polen hat seine Schicksalsstunde nicht erkannt. Es sind vielmehr die Folgen eingetreten, die wir vor der Proklamation vom 5. November 1916 befürchteten. Neuerdings haben wir durch die Tagespresse erfahren, daß die österreichisch-ungarische Monarchie erneut auf eine Lösung der polnischen Frage im österreichischen Sinne hinarbeitet. Die freikonservative Partei gibt daher ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß, solange der Krieg währt, eine Entscheidung über die Zukunft Polens nicht getroffen werden kann und nicht getroffen werden darf. Die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches und Preußens, insbesondere diejenigen der preußischen Ostmark, verbieten, diese für das Gedeihen Preußens und das künftige Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn so überaus wichtige Frage zu lösen, ehe nicht das Kriegsergebnis feststeht.“

In der Sitzung des Reichstags vom 24. Juni erklärte der Staatssekretär v. Kühlmann in bezug auf die Polenfrage folgendes:

„... Wende ich mich zu Polen, so hat die Gestaltung seines zukünftigen Schicksals, seit ich die Ehre habe, dem Auswärtigen Amte vorzustehen, den Gegenstand ständiger eingehender Verhandlungen, hauptsächlich mit Oesterreich-Ungarn, gebildet, und auch bei unseren Besprechungen sowohl im Großen Hauptquartier als in Berlin ist die zukünftige Gestaltung der polnischen Frage, welche zugleich für die zukünftige Gestaltung des deutsch-österreichisch-ungarischen Verhältnisses von größter Wichtigkeit ist, Gegenstand eingehender gegenseitiger Aussprache gewesen. Nicht nur die der Frage selbst innewohnende große Schwierigkeit, sondern der fast unlösliche Zusammenhang, in dem diese Frage mit der Lösung der wirtschaftlichen Fragen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland steht, haben es bisher verhindert, zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen. Ich glaube aber der sicheren Hoffnung Worte verleihen zu dürfen, daß es rechtzeitig, d. h. noch bevor die allgemeinen Friedensverhandlungen in Europa beginnen, dem eifrigen Bemühen der beteiligten Staatsmänner gelingen wird, in dieser Frage eine allen Teilen annehmbare Lösung zu finden.“

II. Im österreichischen Reichsrate.

a) Herrenhaus.

Ottokar Graf Czernin: ...Nur die Ausscheidung Galiziens aus dem österreichischen Länderkomplex kann uns einen entscheidenden Schritt nach vorwärts bringen, und damit komme ich auf die austro-polnische Lösung, welche des Näheren zu behandeln ich mir noch vorbehalten.

Die Frage des unbedingten Vertrauens zwischen Wien und Berlin ist der Punkt, der mich auch direkt und unmittelbar zu Polen führt. Die austro-polnische Lösung ist nur in Uebereinstimmung mit Berlin möglich. Das des Näheren zu erklären, hieße Eulen nach Athen tragen, nachdem wir ein Kondominium in Polen haben. Niemals aber werden die Deutschen diesen gewaltigen Machtzuwachs der Monarchie zugeben, wenn sie nicht die feste Ueberzeugung haben, daß die Monarchie der dauernde treue Verbündete Deutschlands bleiben wird, und hier schließt sich der Kreis und be-

weist, daß die zentrifugalen Tendenzen, welche ein solches dauerndes Bündnis ausschließen, auch die austro-polnische Lösung unmöglich machen. Denn niemand wird das glauben oder behaupten wollen, daß der mitteleuropäische Gedanke und die slawischen Pläne miteinander vereinbarliche Begriffe sind. Wenn keine Lösung der polnischen Frage gefunden wird, die auch Westgalizien umfaßt, so bedauere ich das sehr. Stabile Verhältnisse sind in unserem Parlament nur zu erreichen, wenn die Polen und die Ruthenen aus demselben ausscheiden. Dann ist eine natürliche Majorität denkbar. Ich bin in letzter Zeit sehr skeptisch geworden, was die austro-polnische Lösung anbelangt. Ich glaube nicht mehr an dieselbe. Denn schließlich entscheiden darüber, ob die austro-polnische Lösung zustande kommt oder nicht, weder die österreichischen Polen, noch die österreichischen Ukrainer, entscheiden darüber wird das Faktum, ob zwischen Wien und

Berlin jene Vorbedingungen herzustellen sind, die eben die Basis des ganzen Gedankenganges bilden. Aber auch, wenn dies der Fall wäre, so müßten unsere Polen noch sehr viel Wasser in ihren Wein schütten. Die Grenzen, von welchen sie heute träumen, werden sie niemals erhalten. Das wird die Zukunft beweisen. Der Tag wird kommen, an welchem die Herren bescheidener und sehr froh sein werden, wenn ein einheitliches Königreich Polen überhaupt zustande kommt.

Ich muß aber im Zusammenhang mit dieser Frage Polens vorerst auf zwei Momente reagieren, welche der Herr Sprecher des Polenklubs erwähnt hat. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich nicht ganz genau allen Ausführungen habe folgen können, ich war am Anfang der Rede nicht anwesend.

Der Herr Sprecher des Polenklubs hat sich darüber beklagt, daß die polnische Regierung nicht nach Brest-Litowsk eingeladen war. Ich kann mich da auf ein amtliches Communiqué berufen — ich weiß nicht, war es in Form einer Rede oder eines Communiqués, welches ich damals zur Zeit der Brester Verhandlungen abgegeben habe —, daß sowohl die deutschen Kollegen als auch ich den Versuch unternommen haben, die polnische Regierung zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, und die russische Regierung sich kategorisch geweigert hat, das zuzulassen. Das ist das Faktum, aber da sage ich auch offen, daß weder mein deutscher Kollege noch ich den Mut hatten, die Verhandlungen an dieser formellen polnischen Frage scheitern zu lassen.

Wenn der Herr Sprecher des Polenklubs mir vorwirft, daß ich ein ihm oder einem anderen polnischen Herrn gegebenes Versprechen gebrochen hätte — ich glaube, das so verstanden zu haben —, so erwidere ich darauf, daß das nicht wahr ist. Ich habe immer auf dem Standpunkte gestanden und stehe auch heute noch auf ihm, daß die austro-polnische Lösung die beste für uns ist, und ich stand stets auf dem Standpunkte, daß ich wünschte, daß ein Polen zustande kommt, welches lebensfähig ist. Die Interpretation aber, daß ein Polen, welches nicht den ganzen Chelmer Kreis, sondern nur einen Teil desselben besitzt, nicht lebensfähig sein soll, ist eine rein willkürliche, durch nichts bewiesene und durch nichts erwiesene Behauptung. Ich muß mich auf das allerentschiedenste gegen den Vorwurf verwahren, daß ich ein Versprechen gegeben hätte, welches ich nicht gehalten habe.

Und wenn hier schließlich der Herr Sprecher des Polenklubs von einem Geheimvertrage spricht, so muß ich ihm hier erwidern, daß ich über geheime Sachen nicht sprechen kann. Wenn ich darüber sprechen könnte, so könnte ich dem Herrn Redner beweisen, daß er sehr wenig über die Materie orientiert ist. Es ist aber ausgeschlossen, daß ich darüber sprechen kann. Aber wenn er im Zusammenhange

damit von einer Teilung Galiziens spricht — und es scheint mir, daß das der Zusammenhang war, den der Herr Redner konstruiert hat —, so möchte ich doch bitten, etwas klarer und logischer zu sein.

Erstens: Stellen wir einmal die Kompetenzen fest. Die Kompetenz ist die, daß die Frage, ob Galizien geteilt werden soll oder nicht, eine interne österreichische Frage ist, welche das österreichische Parlament und die österreichische Regierung angeht. Zweitens muß ich allerdings schon sagen, daß ich vom deutsch-österreichischen Standpunkte aus nicht verstehen kann, warum dieselbe Maßregel der Zerteilung in Böhmen absolut geboten, in Galizien absolut verboten sein muß. Und ich muß es allerdings sagen, wenn ich auch hierbei riskiere, die Herren Polen neuerlich gegen mich aufzubringen, daß ich finde, daß die Sache vom deutsch-österreichischen Standpunkte mir in einer anderen Beleuchtung erscheint als vom polnischen.

b) Abgeordnetenhaus.

Minister des Aeußeren Graf Burian:

„... Der neue Bündnisvertrag soll daher nicht nur das politische Verhältnis der beiden Mächte umfassen, sondern auch den Anlaß geben, die vielfachen künftig noch enger zu gestaltenden wirtschaftlichen, militärischen und sonstigen Beziehungen derselben den geänderten Verhältnissen und gewonnenen Einsichten anzupassen, sowie die mit der Wiedergeburt Polens zusammenhängenden Fragen unter Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung zu lösen...“

Ministerpräsident Dr. v. Seidler:

Was speziell die Verhältnisse Galiziens anbelangt, so erlaube ich mir folgendes zu bemerken: Wenn zuweilen behauptet wird, daß die gegenwärtige Regierung den Lebensbedingungen des polnischen Volkes ohne Interesse gegenüberstehe, so ist dies eine Behauptung, der ich auf das entschiedenste entgegenzutreten muß. Ebenso unzutreffend ist es, wenn angenommen wird, daß seitens der Regierung die meisten der dem Polenklub seinerzeit gemachten Zusagen nicht erfüllt worden seien. Galizien hat unter dem Kriege am schwersten unter allen Kronländern gelitten; und gerade deshalb hat die Regierung wirklich alle ihre Kräfte dafür eingesetzt, daß diesem so bitter heimgesuchten Lande nach Möglichkeit geholfen werde. Wahr ist es, daß bis heute noch durchaus nicht alles erreicht ist, was erreicht werden mußte. Wer aber die tausendfältigen Komplikationen kennt, die hier zu überwinden sind, der muß zugeben, daß diese Regierung gerade in bezug auf die galizischen Verhältnisse an dem besten Willen es nicht hat fehlen lassen. Das Schlimmste sind die unerträglichen Zustände, die in bezug auf die Auszahlung der nach Recht und Gesetz gebührenden Kriegsleistungsanträge geherrscht haben und zum Teil heute noch herrschen. Ich

selbst habe mich mit meiner ganzen Persönlichkeit hier ununterbrochen für die erforderliche Remedur eingesetzt; und ich glaube auch den Weg gefunden zu haben, der hier zum Ziele führt. Im übrigen wird die Regierung stets nachdrücklichst sich bestreben, auch in Galizien den nationalen Bedürfnissen der dort wohnenden Volksstämme volle Gerechtigkeit angedeihen zu lassen.

Abg. Dr. Ellenbogen (Soz.): Im Namen seiner Parteigenossen erkläre er, daß diese gegen jede Lösung der polnischen Frage sind, die einseitig durch Regierungsgewalt und Regierungsdekrete erfolgt. Insbesondere aber sind die Sozialdemokraten gegen solche Lösungen, die eine Gefahr künftiger Konflikte in sich bergen, am allermeisten gegen solche, die eine Gefahr von Konflikten mit Deutschland hervorrufen. Die austro-polnische Lösung aber birgt eine solche Gefahr in sich. Für die einzige Voraussetzung, unter der die polnische Frage einer gedeihlichen Lösung überhaupt zugeführt werden kann, halten die Sozialdemokraten die vollständige Erstellung und Erfassung des demokratischen Willens des polnischen Volkes.

Obmann des Polenklubs Tertil:

Die Rede des Ministerpräsidenten verheißt uns den Frieden, aber unter einem bringt sie eine Fehde unter die Parteien, unter die Völker. Man kann von ihr sagen: Cui bono? Seit wann darf ein solcher Kurs in diesem Hause mitten im Kriege und vor der Tür des Friedens eingeschlagen werden? Er legt den Deutschen damit eine schwere Verantwortung auf, die sie aber auf ihn zurückwälzen werden.

Wenn hier von einer austro-polnischen Lösung die Rede ist, ist es auch selbstverständlich, daß darunter nicht eine Annexion gemeint ist. Die Worte des Ministers des Aeußern erledigen zwar unsere Sache nicht, sie berühren sie sehr behutsam, aber sie sind doch als erster Anfang nach dem, was unter Czernin geschehen ist, geeignet, eine Hoffnung zu begründen und ein Vertrauen anzubahnen. Im Laufe der letzten Tage ist von deutscher Seite das Wort gefallen, Graf Czernin sei auch, was die Interessen der Deutschen betrifft, ein Schädling. Das hat man also schon eingesehen. Nach ein paar Monaten werden wir und der Ministerpräsident erleben, daß, wenn nicht dieselben Herren, doch ihre Kollegen zur Ueberzeugung kommen werden, daß der Ministerpräsident nicht nur für Oesterreich, für das Haus, für alle Völker, sondern speziell auch für die Deutschen ein Schädling ist.

Während man in Ungarn der Lösung der polnischen Frage Verständnis entgegenbringt, ist dies in Oesterreich nicht der Fall. Der Polenklub ist nicht das erstemal in der Opposition; er ist in der Opposition seit Mai 1916, hat aber trotzdem zweimal für die Staatsnotwendigkeiten gestimmt. Er hat das drittemal seiner festgehaltenen Tradition gemäß noch im März, wo

er schon die Schläge vom Grafen Czernin empfangen hat, die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten und die Abstimmung über dieselben durch Verlassen des Saales ermöglicht. Damals hat der Ministerpräsident uns dafür gesagt, er werde es den Polen nie vergessen. Jetzt sind wir in der traurigen Lage, daß wir dem Ministerpräsidenten seine Tätigkeit nie vergessen können. Es heißt, daß der Ministerpräsident durch die Vertagung des Hauses den Parlamentarismus habe retten wollen. Wir bitten Sie, Exzellenz, retten Sie uns auf diese Weise nicht! Lassen Sie das Haus tagen, lassen Sie nur nicht solche Reden hier hören, wie die gestrige. Erlauben Sie, daß wir arbeiten, und nicht der Streit hier geschürt wird und wir stumme oder laute Zeugen solcher Ausschreitungen sind. Der Polenklub hat bei jeder Gelegenheit gegen die Attacken gegen den Parlamentarismus protestiert. Im Minister-rat hat man gegen den kommenden § 14 protestiert. Diejenigen Minister, die den lobenswerten Mut hatten, ihre Meinung über den Wert eines § 14-Regimes offen zu äußern, waren, wie bekannt, schon bestimmt, preisgegeben zu werden. Jetzt heißt es, der Ministerpräsident habe das Haus retten wollen.

Das kaiserliche Handschreiben ist eine Erledigung der Krise, aber nur eine formelle, eine provisorische, mit dem Zusatz: certum an, incertum quando; heute werden wir sogar sagen: certum quando. In dem kaiserlichen Handschreiben sehen wir das Bestreben, das Haus und den Parlamentarismus zu erhalten. Es enthält eine ausgedrückte Hoffnung und eine festgesetzte Bedingung; diese Bedingung war, eine Majorität zu finden, die Schwierigkeiten zu überbrücken. Das soll nicht so aufgefaßt werden, daß, wenn dies dem Ministerpräsidenten nicht gelingt, er das Haus nach Hause schicken könne, sondern daß dann das Haus aufrecht bleibe und derjenige, der dieser an ihn gerichteten Aufforderung nicht nachgekommen ist, weichen müsse. Zur Erfüllung dieser Aufgabe, die für jeden in diesem Hause ein Leichtes wäre und nur für einen einzigen schwer ist, wurde gnädigerweise eine Schonzeit bewilligt, sie endet mit dem Budgetprovisorium. Hier handelt es sich nicht um eine Parlamentskrise, sondern um eine Ministerkrise. Bis zum 23. Juni hat es auch Dr. v. Seidler so verstanden, daß, wenn ein Volk sich gegen eine Regierung äußert, wie es die Polen einstimmig getan haben, der Ministerpräsident diese Stimme verstehen soll. Heute kommen die Polen und sagen zum zweiten Male einstimmig ihr Mißtrauen. Aber der Ministerpräsident ist taub. Es kommen die deutschen Sozialdemokraten und sagen es in ihrem Beschlusse und im Hause, es kommen andere Parteien und sagen dasselbe. Es sagen es nur diejenigen von der deutschen Nation nicht, die zu gewinnen dem Ministerpräsidenten gelungen ist. Soll gegen alle Völker in Oesterreich und im Hause regiert werden?

Redner wendet sich gegen die Aeußerung, die Deut-

schen bilden das Rückgrat des Staates, und gegen das Regieren einer Nation. Wir Polen, sagt Redner, kämpfen nicht gegen die Deutschen, und ich betone das ausdrücklich; aber das darf eine Nation sich nicht anmaßen, und wenn sie noch so zahlreich wäre. Die Zeiten sind längst vorüber, das ist während des Krieges nicht denkbar und wird nach dem Kriege überhaupt nie mehr zurückkommen. Durch diese fatale Aeüßerung hat der Ministerpräsident nicht die Deutschen von uns, sondern sich selbst sogar von den Deutschen isoliert. Wir haben Vertrauen zu dem gesunden, reinen, politisch bewährten deutschen Sinn. Wir haben Vertrauen dazu, daß die nicht in diese Krise hineingezogenen deutschen Herren die Sache so ruhig beurteilen werden, wie die Herren im Herrenhause sie gestern beurteilt haben.

Im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen erklärt Redner, die geplante Zerteilung Galiziens werde nicht zustandekommen. Galizien ist in Oesterreich ein Unikum, es ist nicht unterjocht, nicht geerbt worden, wir haben es als eine Art Depositum der Monarchie für das künftige Polen betrachtet. So verstanden wir den Kampf für die polnische Frage, den Ausgangspunkt für die austro-polnische Lösung; wir verstanden, daß Galizien, wenn es zum Friedensschlusse kommt, im Status quo ante Polen angeschlossen werden soll. Hier aber hat man probiert, nachdem Graf Czernin den großen Fehler begangen hat, ein Uebel durch ein anderes zu beseitigen. Als der Ministerpräsident uns dankte und sagte, daß er uns nie vergessen werde, hat er 24 Stunden später oder vielleicht auch früher den Geheimpakt gemacht. Durch den Staatsakt vom November 1916 erschien selbstverständlich eine Teilung dieses Landes ausgeschlossen, wie durch die zugesagte Kontinuirung der Politik des Kaisers Franz Josef. Wir sind selbstverständlich immer bereit, mit den Ukrainern von Volk zu Volk zu verhandeln: nur auf Grund der Einheit des Landes. Redner habe den Ukrainern, als sie den Grafen Czernin gepriesen, gesagt, es werde eine Zeit kommen, wo sie gemeinsam mit den Polen diesen Mißgriff verdammen werden, und er rufe ihnen zu: „Auf Wiedersehen in der Opposition!“

Der Ministerpräsident habe auf die Fragen der Polen zuerst gesagt, daß er von einem solchen Geheimpakt überhaupt nichts wisse, dann, wie er das nicht mehr sagen konnte, habe er eine zweideutige, ausweichende Antwort gegeben, zuletzt habe er gesagt, wenn das ein Geheimpakt sei, könne er über den Inhalt desselben nicht reden. Ist das eine ernste Antwort? Man will uns provozieren, aber wir werden uns nicht provozieren lassen. Dem Ministerpräsidenten ist es nur gelungen, eine Majorität zustande zu bringen, die für den Mangel eines Vertrauensvotums ausreicht.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten und die Kommentare zu dieser Rede seien nicht geeignet, die Konferenzen zwischen Deutschen und Polen und die Bildung der wünschenswerten Ma-

ajorität zu fördern. Den Polen wolle man das Jus excusationis nicht zugestehen, andererseits reklamiere man das Jus decisionis für eine einzige Nation. Die Polen werden sich genau überlegen müssen, ob sie in eine Gefolgschaft gehen oder als Gleiche mit Gleichen mitgehen wollen. Die Polen berufen sich auf die Beschlüsse ihres Klubs, in welchen sie sich zum Staate bekannt und ihre Bereitwilligkeit zur Bildung einer Majorität ausgedrückt haben, in welchen sie sich aber auch entschieden gegen die Regierung aussprachen, welche das Vertrauen der polnischen Nation verwirkt habe. Aber man verlange nicht von ihnen, daß sie die einzig mögliche parlamentarische Form aufgeben. Im Namen des Polenklubs erklärt Redner, daß dieser gern seine Einwilligung dazu gegeben habe, daß die wichtige Angelegenheit des Budgetprovisoriums als erster Punkt zur Verhandlung gelange, daß er aber seine meritorische Abstimmung davon abhängig machen werde, welches Vertrauen die Polen zu der Regierung haben werden, welche zur Zeit der Abstimmung bestehen wird.

Abg. Jaworski*) führt, anknüpfend an die Bemerkung des Ministerpräsidenten, daß sich in Oesterreich nicht ohne die Deutschen und nicht gegen die Deutschen regieren lasse, aus: Die deutschen Parteien müssen den Beweis liefern, daß sie sich über partikuläre Interessen bis zur Höhe der Interessen der Gesamtheit zu erheben imstande sind. Besitzen die Deutschen diese Eigenschaften, so können sie unmöglich die Polen in die Opposition gegen die Staatsnotwendigkeiten drängen, und die Polen würden zu dieser Opposition absolut genötigt sein, wenn die Bedingungen, von denen der Obmann des Polenklubs gesprochen hat, nicht in Erfüllung gehen. Die Ablehnung des Budgets und der Kriegskredite habe eine größere Bedeutung als eine verlorene Schlacht. Was wollen die Polen? Der Minister des Aeußern will die polnische Frage unter Berücksichtigung der Wünsche der polnischen Bevölkerung lösen. Das ist die Ursache, warum wir uns früher gegen den Grafen Czernin und jetzt gegen Dr. v. Seidler gewendet haben: Ohne uns, ohne unsere Mitwirkung kann in unserer Sache keine Entscheidung fallen. Jede Nation muß sich gegen Geheimverträge, in denen über ihr Schicksal ohne ihr Wissen entschieden wird, mit allen Kräften wehren. Der Kampf, den wir zu führen genötigt sind, ist ein Verteidigungskampf. Wir sind immer bereit, mit den Ukrainern in Verhandlungen einzutreten, und bald wird die Zeit da sein, in der auch Sie einsehen werden, daß dies der einzige Weg ist.

Ob das Ministerium Seidler heute oder in einer Woche fällt, wird den Verlauf der Geschichte nicht hemmen. Die Polen wissen, daß ihre Stunde gekommen ist, aber auch, daß es in ihrem Interesse liegt, diese Monarchie zu erhalten, und das erweckt unsere Sorge.

*) Anhänger und Vorkämpfer der austro-polnischen Lösung.

Daraus entspringt unser Appell an die deutschen Parteien: Um eure Sache handelt es sich hier! Bereitet der Entente keine Triumphe! Graf Czernin hat gestern im Herrenhause in einem neuen Charakter debütiert. Er hat den Eindruck gemacht, daß er eher ein deutscher als ein österreichischer Politiker ist. Denn wenn jemand etwas will, sagt er nicht, daß er nicht daran glaube. Aber das ist seine Sache und Sache derjenigen, die ihn beglückwünscht haben. Die Rede des Grafen Czernin liefert den Beweis, daß zwischen der inneren und auswärtigen Politik dieses Staates ein Kontrast besteht. Die ganze Debatte im Herrenhause und die Art, wie man sie exploitiert will, hat zur Versöhnung, zur Beruhigung der politischen Verhältnisse nicht viel beigetragen. Wir sind überzeugt, daß die sogenannte austro-polnische Lösung die beste ist, aber sie ist nicht die einzige. Für Oesterreich aber ist die austro-polnische Lösung der einzige Weg, wenn Oesterreich nach dem Kriege die Stellung als Großmacht nicht verlieren will. Wir wollen den deutschen Parteien nicht vorschreiben, was für ein Programm sie zu befolgen haben. Aber als Mitglied dieses Hauses habe ich das Recht zu sagen, daß Graf Burian, der sich zum austro-polnischen Programm bekennt, dadurch die Interessen der Dynastie und der Monarchie am besten vertritt. Er wird auch dieses Programm durchsetzen, wenn er außer unserer Unterstützung und der Unterstützung der Ungarn auch das Vertrauen der deutschen

Parteien in diesem Hause besitzen wird. Hier in diesem wesentlichsten Punkte auf dem Gebiete der auswärtigen Politik tragen daher die deutschen Parteien wieder die höchste Verantwortung. Man möge keine Furcht haben. Die polnische Frage allein wird das Verhältnis Deutschlands und Oesterreichs weder erschweren noch verschlimmern. Die gegenwärtigen militärischen Machthaber in Deutschland werden ihre Sprache ändern. Sie tun das schon jetzt. Je näher das Ende des Krieges, desto mildere Töne wird das gewaltige Hauptquartier anschlagen. Und das ist ein ganz natürlicher Vorgang. Zum Worte werden die Politiker gelangen, und für diese ist die Staatsraison maßgebend. Diese aber verlangt, daß diese Monarchie erhalten bleibe, und daß die polnische Frage auf die Weise gelöst werde, daß die Polen zufriedengestellt werden. Wir können daher warten. Wir sind mit dem Grafen Burian einverstanden, daß die Wünsche der polnischen Bevölkerung berücksichtigt werden müssen, und nahe ist die Zeit — ich habe auf die Zustände in Rußland aufmerksam gemacht —, daß wir die Gesuchten, nicht die Suchenden sein werden. Wenn wir jedoch schon jetzt die Hand zur Verständigung, zur gemeinsamen Arbeit reichen, tun wir es, weil wir konsequent sind und Uebergangsschäden vermeiden wollen. Aus Berlin ist die Losung: „Umlernen“ ausgegangen. Möge sie dort fruchtbaren Boden finden, möge sie auch hierher importiert werden.

III. Parteikundgebungen.

Beschluss der sozialdemokratischen Partei Galiziens und Schlesiens.

Ende Mai tagte in Krakau der XV. Kongreß der polnischen sozialdemokratischen Partei für Galizien und Schlesien, der folgende Beschlüsse faßte:

Indem wir das volle Recht der Nationen auf Unabhängigkeit und Freiheit als erste Bedingung der echten Brüderlichkeit und internationalen Solidarität betrachten, streben wir nach einer unabhängigen vereinigten demokratischen, polnischen Republik, als Ergebnis des Weltkrieges auf unserem zerstörten und ruinierten Boden. Wir verlangen für Polen freien Zutritt zum Meere. Wir fordern genau bestimmte Rechte für nationale, auf ihrer Autonomie sich stützende Minderheiten. Wir erkennen die Beherrschung eines Volkes durch das andere nicht an, daher bekämpfen wir den Imperialismus und Militarismus sowie die kapitalistische Ausbeutung und die Klassenunterdrückung.

Wir verlangen die Beendigung des Krieges durch entschiedene Willensäußerung der Völker, fordern den Weltfrieden auf Grund der Verständigung der Völker. Wir sind bereit, die Arbeit und den Kampf für die Herstellung eines internationalen Bundes der freien Völker aufzunehmen, eines Bundes, der nur dem obersten Recht der organisierten Menschheit unterstehen soll.

Zu diesem Zwecke empfiehlt der Kongreß der Parteileitung eine Verständigung mit allen sozialistischen

Parteien anzubahnen, mit denen eine solche Verständigung auf Grundlage der Unabhängigkeit der Völker und der internationalen Solidarität möglich erscheint; das Ende des Krieges soll alle sozialistischen Organisationen mit einem Geist durchdringen und das gleiche gemeinsame Ziel anstreben finden.

Der Kongreß stellt fest, daß in Oesterreich gegenwärtig keine einheitliche allgemeine sozialistische Partei existiert, die als die organisierte Gesamtheit aller nationalen sozialistischen Organisationen im Reiche betrachtet werden könnte. Die Vermehrung der Kräfte des Proletariats in Oesterreich ist anzustreben.

Der Kongreß empfiehlt der Parteileitung, unverzüglich Bemühungen aufzunehmen, um eine solche Verständigung der sozialistischen Organisationen aller Völker im Reiche einzuleiten, die den Interessen der unabhängigen Völker und ihrer internationalen Solidarität entsprechen soll.

Der Kongreß empfiehlt der Parteileitung, die engste Verständigung und die Anknüpfung der engsten Beziehungen mit der polnischen sozialistischen Partei in Kongreßpolen anzustreben, desgleichen mit allen sozialistischen Organisationen in Polen, die auf dem Standpunkt der vereinigten, unabhängigen, demokratischen polnischen Republik und des revolutionären Klassenkampfes stehen.

Der Kongreß spricht die Hoffnung aus, daß es

gelingen wird, im Namen der gemeinsamen nationalen Rechte mit der russisch-ukrainischen sozialistischen Bewegung die allerengsten nachbarlichen Beziehungen anzuknüpfen; er empfiehlt der Parteileitung, unaufhörlich in diesem Sinne zu wirken.

Beschluss der Partei für Demokratische Politik in Polen.

In Warschau hat sich kürzlich eine neue Partei konstituiert, zu der, außer bekannten Warschauer Politikern, besonders viele der soeben aus Rußland zurückgekehrten Persönlichkeiten demokratischer Richtung gehören. Die neue Partei hat bei ihrer Begründung folgende Erklärung abgegeben:

Die Partei betrachtet als nationale Pflicht die Ausnutzung und Verbreitung der auf dem Wege des Aufbaues des polnischen Staates bereits erreichten Erfolge, für die Zwecke einer selbständigen polnischen Politik, sowohl im Inneren wie im Kreise der internationalen Beziehungen.

Die Partei betrachtet den Regentschaftsrat als provisorische oberste Behörde des polnischen Staates, die innerhalb der ganzen Nation eine Stütze finden muß.

Von der Regierung fordert die Partei eine selbständige auswärtige Politik, die feste Begründung der Unabhängigkeit nach außen, den weiteren Ausbau des

polnischen Staates und die Uebernahme der tatsächlichen ausführenden Gewalt.

Angesichts der Tatsache, daß die Frage der Verständigung mit den Zentralmächten an die Spitze der Probleme der auswärtigen Politik rückt, stellt die Partei fest, daß die Regierung in denn Verträgen mit diesen Mächten auf der Wacht der polnischen Unabhängigkeit stehen muß und alle notwendigen Bedingungen für eine allseitige Entwicklung Polens, wie die Vereinigung des ungeteilten Kongreßkönigreiches mit Galizien, die Sicherung der nationalen Rechte der polnischen Bevölkerung in den Nachbarreichen, verlangen muß.

Auf dem Gebiete der Innenpolitik ist Aufgabe der Regierung:

1. Die schleunige Einberufung eines auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen und proportionalen Wahlrechts gewählten Reichstages.
2. Die möglichst baldige Uebernahme der gesamten ausführenden Regierungsgewalt.
3. Die schnellste Wiederherstellung der normalen Friedensgrundlagen im Lande und, bis zur Liquidierung der Okkupation, die Beschränkung ihrer Funktionen auf reine militärische Angelegenheiten.
4. Die sofortige Organisation einer nationalen Armee
• auf der Grundlage der Zwangsaushebung.

Besprechungen.

Ludwik Bernacki, Pierwsza książka polska. Studium bibliograficzne z 86 podobiznami. Lwow nakładem zakładu narodowego imienia Ossolińskich 1918. — Ludwig Bernacki, Das erste polnische Buch. Eine bibliographische Studie mit 86 Abbildungen. Lemberg. Verlag des Ossolińskich National-Instituts 1918. — 40. 510 S.

Nach der Prachtausgabe des polnischen Salomo- und Mosolf-Buches bietet Dr. Ludwik Bernacki dem polnischen Bücherfreund und Kulturforscher eine neue Ueberraschung und zugleich eine hervorragende wissenschaftliche Leistung. In dreifacher Hinsicht erweckt sein Werk ein hohes Interesse — es wählt ein äusserst wichtiges Thema und gibt demselben eine erschöpfende allseitige Beleuchtung; es bietet neue, wertvolle Resultate, es kann als typisches Beispiel für die streng wissenschaftliche Methode der bibliographischen Studien dienen.

Die Inkunabelforschung hat solch eine Sicherheit und Präzision ihrer Methoden erreicht, wie sie auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaft nur noch die mittelalterliche Handschriftenkunde aufzuweisen vermag. Dr. Bernacki hat sich alle Errungenschaften dieser Methode wie auch die der philologischen Kritik zunutze gemacht. Eine eingehende Kenntnis der betreffenden Literatur und der polnischen Drucke des XV. und XVI. Jahrhunderts und ein sicheres Forscherauge — das

zugleich ein feines Liebhaberauge ist — geben seinem Werke eine feste Basis.

Den Gegenstand seiner Forschungen bildet das allgemein verbreitete — und doch der Bibliographie nicht in hinreichendem Maße bekannte — polnische Gebetbuch, der polnische „Hostulus animae“ (Rajduszny), dessen älteste Ausgabe, von Biernat-Bernhard von Lublin verfaßt und von Florian Ungler im Jahre 1519 gedruckt, als das erste in polnischer Sprache gedruckte Buch gelten kann. Indem Dr. Bernacki teils zu neuen Entdeckungen gelangt, teils Bekanntes in ein gehöriges Licht setzt, kommt er zu einer endgültigen Zusammenstellung der fragmetarisch erhaltenen „Hostuli“ des XVI. Jahrhunderts, beweist die Existenz einiger verloren gegangener Ausgaben und schließt die Reihe mit einem vollständigen Gebetbuch aus dem XVII. Jahrhundert, das er zuerst als einen „Hostulus animae“ charakterisiert. (Genaue Studien über die drei wichtigsten katholischen Gebetbücher, die Horae Beatae Mariae Virginis (Livres d'heures), den Hostulus animae und den Antidotarius animae ermöglichen eine entsprechende Orientierung in dem Inhalt des Gebetbuchs.)

Auf Grund eingehender mühsamer Untersuchungen führt Dr. Bernacki beinahe alle Gebete, Lieder und Bildtexte, die in diesen Gebetbüchern vorhanden sind, auf ihre Quellen zurück.

Die endgültigen Ergebnisse führen zu folgendem

Bilde der Textgeschichte: Der älteste polnische „Hostulus animae“ ist seinem Gehalt nach nicht den lateinischen „Hostuli“, sondern dem „Antidotarius animae“ von Salicetus nachgebildet, in typographischer Hinsicht den Straßburger Drucken von Martin Flach aus der Zeit von 1511 bis 1513. Außerdem fußt er auf einem verloren gegangenen polnischen Gebetbuch aus dem XV. Jahrhundert. Die späteren Ausgaben benutzen die Nürnberger Gebetbücher der Buchdruckerfamilie Koberger mit Holzschnitten von Springinklee und Erhard Schön. Nach 1585 kommt eine gründliche Textrevision und Texterneuerung zustande. Eine weitere Modernisierung des Textes bietet die Ausgabe von 1636.

Dabei werden wertvolle Beiträge für die Geschichte

der Buchdrucker- und Holzschnidekunst, der deutschen Kultureinflüsse, des Heiligenkultus, der polnischen Bibelübersetzungen, vor allem aber für die Geschichte des polnischen Kirchenliedes geliefert.

Was die typographische Ausstattung anbelangt, ist das Buch mit seinen 86 Abbildungen ein Prachtwerk.

In Lemberg gedruckt, erscheint es als der I. Band eines neuen wissenschaftlichen Archivs, der „Bibliothek des Ossolińskich National-Instituts“ (dessen Direktor der Verfasser ist).

Die rege polnische Kulturstätte und ihre polnische Akropolis, das „Ossolineum“, trotzen siegreich in ihrem Arbeitseifer den schweren Kriegserfahrungen.

Julius Kleiner*).

Notizen.

Wirtschaftliches.

Ein neues polnisches Industrieunternehmen. Die wachsende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen in Polen hat die Anregung zur Gründung einer großen und ganz modernen Fabrik für die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte gegeben. Das neue Unternehmen, in Form einer Aktiengesellschaft mit 1700000 Kronen Kapital, übernimmt die gesamten Fabrikanlagen der bisherigen Armaturen- und Pumpenfabrik sowie Eisengießerei Rudolfs und Co. in Trzebinia in Galizien, wird dieselbe nach jeder Richtung hin erweitern und beabsichtigt im großen die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte aufzunehmen, unter Anpassung an die besonderen Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung der polnischen Länder. Zu den Gründern gehören: Direktor Jędrkiewicz, Graf Mycielski, Dr. Beres, Direktor Kaczorowski usw. Das neue Unternehmen steht der Landesbank für das Königreich Galizien und Lodomerien nahe und wird den Namen führen: „Trzebinia“ Aktiengesellschaft für die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und Eisengießerei.

Ein neues polnisches Handelsunternehmen. In Warschau ist ein neues Unternehmen, die Landes- und Industrie-Produkten-Aktiengesellschaft, gegründet worden. Gründer sind: Prinz Franz Radziwiłł, die Industriellen: Badior in Warschau, Korff in Warschau, Horschitz in Brüssel und der Privatier Salberg in Scheveningen. Das Gründungskapital beträgt 600000 polnische Mark. Zweck des Unternehmens ist es, Ein- und Ausfuhrhandel zu treiben, sowohl in Polen wie auch von und nach allen Teilen des früheren russischen Kaiserreiches. Die Gesellschaft wird in der Hauptsache folgende Waren bevorzugen: Futtermittel aller Art, Düngemittel aller Art, Wolle und Baumwolle, Saaten, Getreide und sonstige Landesprodukte, landwirtschaftliche Maschinen usw. Die Gesellschaft wird jedoch, mit

Einverständnis des Aufsichtsrates, auch andere Geschäfte betreiben, sich an anderen Unternehmungen beteiligen, solche errichten, Finanzgeschäfte betreiben usw. Nicht gestattet sind der Betrieb von Bergbau, Ausübung des Bankgewerbes und sonstiger anderer Zweige, an die besondere Voraussetzungen oder behördliche Genehmigungen geknüpft sind. Die Errichtung von Haupt- und Zweigniederlassungen innerhalb des früheren russischen Kaiserreiches wird beabsichtigt.

Politisches.

Der Vertreter der Ukraina in Wien. Der zum Vertreter der Ukraina in Wien ernannte Herr Wacław Lipiński entstammt einer alten, adligen, polnischen Familie, die schon seit jeher in der Ukraina ansässig ist. Er gehört der radikalen kleinrussischen Richtung an und hat, besonders auch unter den in der Ukraina lebenden Polen, seit Jahren für die Unabhängigkeit dieses Landes gekämpft.

Verwaltung.

Ein statistisches Hauptamt für Polen wird, laut Verordnung des Regenschaftsrates, errichtet werden. Die Leitung soll unmittelbar dem Präsidium des Ministerrats unterstellt sein. Aufgabe des Amtes ist, statistische Untersuchungen nach dem vom Ministerrat genehmigten Programm vorzunehmen und alle statistischen Arbeiten, die von den polnischen Behörden unternommen werden, zu vereinheitlichen. Ferner hat das statistische Amt die Ergebnisse seiner Untersuchung, sowie der Untersuchungen anderer Staatsämter zu veröffentlichen. Beim statistischen Hauptamt wird ein Bei-

*) Herr Julius Kleiner ist zurzeit Professor der Universität in Warschau und einer der bedeutendsten Gelehrten der jüngeren Generation auf dem Gebiete der polnischen Philologie.

rat gebildet, dem u. a. Vertreter sämtlicher Ministerien, der statistischen Büros der Selbstverwaltungsbehörden, der bedeutendsten wissenschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Vereine, sowie Professoren der Volkswirtschaft und Statistik an Hochschulen angehören werden.

Ein Departement der schönen Künste in Warschau. Beim Unterrichtsministerium ist ein Departement der schönen Künste entstanden, dessen Leiter der Minister selbst ist und das bereits einige der wichtigsten Referate besetzt hat. Feliks Szopski, Komponist und Kritiker, übernahm das Musikreferat, Jaroslaw Wojciechowski, Baukünstler, das Referat für die Erhaltung der Denkmäler, Tichy, Maler, das Referat für Volkskunst.

Wissenschaft.

Schule politischer Wissenschaften. Die seit einigen Jahren in Warschau bestehende Schule für soziale und Handelswissenschaften ist mit Rücksicht auf den nunmehrigen Lehrplan in eine Schule politischer Wissenschaften umgewandelt worden. Sie zerfällt in eine politische (diplomatisch-konsularische) Abteilung, eine Abteilung für soziale Wissenschaften, eine Abteilung für Staats- und Kommunalverwaltung, eine finanzwissenschaftliche Abteilung und in eine Abteilung für Zeitungswesen. An der Spitze der Abteilungen sollen aus der Lehrerschaft gewählte Dekane stehen, während die allgemeine Leitung dem Direktor Reyman verbleibt.

Bücherschau.

Das erste Jahrbuch des „Polnischen Museums“. Wie „Monitor Polski“ mitteilt, ist unlängst in Kiew das erste Jahrbuch des „Muzeum Polskie“ (Polnisches Museum) erschienen. Diese Publikation, deren Redakteur Ludgard Grocholski und deren künstlerischer Leiter Dr. Mieczyslaw Treter ist, beschäftigt sich mit der Geschichte der polnischen Kunst und Kultur, sowie mit polnischen Kunstdenkmälern.

Die „Polnische Geographische Gesellschaft“ ist, wie der „Kurjer Warszawski“ mitteilt, durch einen vom Unterrichtsministerium gewährten Zuschuß in die Lage versetzt worden, die zeitweise unterbrochene Drucklegung des ersten Heftes der „Geographischen Revue“ fortzusetzen und zu Ende zu führen.

Polnische medizinische Bibliographie. Im Verlage der Warschauer Aerztegesellschaft erschien unter der Redaktion von T. Borzenki — wie die „Gazeta Lekarska“ (Aerztezeitung) mitteilt — eine polni-

sche medizinische Bibliographie. Sie umfaßt die Inhaltsangaben aller originellen Arbeiten auf dem Gebiete der medizinischen Wissenschaft, die in den Jahren 1914, 1915 und 1916 erschienen sind. Die „Medizinische Bibliographie“ blickt auf ein 41-jähriges Bestehen zurück. Auch der vorliegende Band ist trotz der Schwierigkeiten der Kriegszeit sehr sorgfältig ausgestattet. Er enthält Informationen über 1658 bibliographische Nummern, die in den letzten drei Jahren erschienen sind. Dies bedeutet eine Verringerung der schriftstellerischen Produktion der polnischen Aerzte im Vergleich mit dem Jahrgang 1913, der 1641 und dem Jahrgang 1912, der 1281 bibliographische Nummern enthielt.

Polnische militärische Fachliteratur.

Die polnische Heereskommission beginnt demnächst mit der Herausgabe von mehreren Uebersetzungen und Bearbeitungen militärischer Werke. In erster Reihe soll für Lehrbücher für Offiziere und Soldaten gesorgt werden. Es sind in Aussicht genommen: „Das Soldatenbuch“ in der Bearbeitung von Leutnant Kary unter Mitwirkung von Prof. Tokarz, Major Kukiel, Auditor Kombrowski u. a.; „Der Unterfahn ich der Infanterie“, in der Bearbeitung von mehreren Offizieren aus Ostrow; „Aufgaben für Unteroffiziere“ von Hauptmann Immanuel, und „Der Kompagnieführer“ desselben Autors.

In zweiter Reihe sind Werke von allgemeinerem Charakter geplant, die das Interesse der weiteren Schichten des lesenden Publikums wecken sollen. Die Kommission besitzt bereits auf diesem Gebiete folgende Uebersetzungen: Oberst Heppenstadt: „Wie ist Kriegsgeschichte zu studieren“; Generaloberst von Beseler: „Ueber den militärischen Beruf“; General Freytag von Loringhofen: „Schlüsse aus dem gegenwärtigen Kriege“; General Hersetzky: „Die Entwicklung der österreichischen Armee seit dem Jahre 1866“.

Von abgeschlossenen Spezialwerken ist die „Bibliographie der polnischen Militärdrucke“ von K. Oostyński zu erwähnen.

Außerdem beabsichtigt die Heereskommission, die „Bibliothek des Legionärs“ fortzusetzen, die in der Anzahl von 12 Bänden von dem Zentralverlagsbüro des N. K. N. (Oberstes Nationalkomitee) herausgegeben wurde. Die Redaktion der Bibliothek wird auch ferner Prof. Tokarz leiten. Die nächsten Bände werden u. a. enthalten: „Die Schlacht bei Racławice“, von Hauptmann Gorski, „Der Kleinkrieg in Polen im Jahre 1863“, von Franz von Erlach und die „Erinnerungen an meinen Vater“ von Dabeli.

Erscheinungstage: 1. und 15. jeden Monats. — Bezugspreis (bei der Post oder beim Verlag) vierteljährlich 3,50 Mark, Einzelheft 60 Pf.

Schriftleitung: Wacław Schmidt, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse 28. — Fürsprecher Amt Steinplatz, Nr. 230d. Alle redaktionellen Sendungen an obige Adresse erbeten. Unverlangt eingesandten Manuskripten bitten wir Rückporto beizufügen.

Der Nachdruck unserer sämtlichen Aufsätze und Notizen ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.